



LANDWIRTSCHAFT POLITISCHE WENDE?

■ ANALYSE	Entwicklungsperspektiven der Agrar- und Ernährungswirtschaft in der Ukraine Von Gerlinde Sauer, Berlin	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	Statistiken zur ukrainischen Landwirtschaft	7
■ ANALYSE	Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit der ukrainischen Fleischwirtschaft Von Vera Belaya und Taras Gagalyuk, Halle	10
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	Statistiken zu Fleischproduktion und -konsum in der Ukraine	13
■ ANALYSE	Blaue Revanche. Die neue Regierung der Ukraine Von Gerhard Simon, Köln	17
■ UMFRAGE	Wird im politischen Leben der Ukraine eine starke Opposition gebraucht?	21
■ CHRONIK	Vom 17. bis zum 29. März 2010	22

*Die Ukraine-Analysen werden vom
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.*

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Analyse

Entwicklungsperspektiven der Agrar- und Ernährungswirtschaft in der Ukraine

Von Gerlinde Sauer, Berlin

Zusammenfassung

Die Ukraine bietet gute Voraussetzungen für den Pflanzenanbau und ist traditionell ein wichtiger Agrarexporteur, jedoch liegen die Getreideerträge weit unter dem westeuropäischen Niveau. Ein Mangel an Kapital und Know-how sind hier als Gründe zu nennen. Die heutige Agrarstruktur ist geprägt durch die Nachfolgebetriebe der ehemaligen Kolchosen, aber auch subsistenzorientierte Haus- und Hofwirtschaften haben in der Ukraine eine besonderer Bedeutung und tragen ca. die Hälfte zur gesamten landwirtschaftlichen Produktion bei. In den letzten Jahren lösten der WTO-Beitritt der Ukraine, das Freihandelsabkommen mit der EU und der Einsatz genveränderter Kulturen heftige Diskussionen in der Agrarbranche aus. Im Bereich der internationalen Kooperationen spielt Deutschland eine herausgehobene Rolle und arbeitet mit der Ukraine z. B. im Rahmen der Arbeitsgruppe Agrarwirtschaft beim Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und des Deutschen Agrarzentrums in Tscherkasi zusammen.

Einleitung

Nach populärer Lesart symbolisiert die Flagge der Ukraine den blauen Himmel über gelben Weizenfeldern und bedient damit das im Westen geprägte Bild der »Kornkammer« Europas. In der Tat stellen die tiefgründigen, humusreichen Schwarzerdeböden 60 % des Ackerlandes und bieten bei ausreichenden Niederschlägen optimale Voraussetzungen für den Pflanzenbau. Angesichts einer vergleichsweise geringen Bevölkerungsdichte ist die Ukraine traditionell ein wichtiger Agrarexporteur und zählt mittlerweile wieder zu den weltweit sechs größten Weizenexporteuren (siehe [Grafik 3 auf Seite 8](#)). Während die ukrainische Landwirtschaft trotz der guten naturräumlichen Voraussetzungen aufgrund einer fehlenden stabilen und langfristigen Agrarpolitik in den letzten Jahren meist weit hinter dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum zurückblieb, erwies sie sich in der Finanz- und Wirtschaftskrise als vergleichsweise krisensicher. Die wichtigste Herausforderung für die ukrainische Agrar- und Ernährungswirtschaft stellt die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch eine Modernisierung der gesamten Wertschöpfungskette dar, um erfolgreich neue Exportmärkte für ukrainische Agrarprodukte und Lebensmittel zu erschließen.

Die Agrar- und Ernährungswirtschaft gehört mit 12 % des Bruttoinlandsprodukts zu den wichtigen Sektoren der ukrainischen Volkswirtschaft. Aufgrund des Mangels an Kapital und Know-how können die meisten ukrainischen Landwirtschaftsbetriebe das naturräumliche Potenzial bisher noch nicht effizient und nachhaltig genug nutzen. So liegen die Getreideerträge mit durchschnittlich 3 t/ha weit unter westeuropäischem Niveau. Obwohl die Ukraine mit 32 Mio. ha über mehr

als doppelt so viel Ackerfläche wie Deutschland verfügt (siehe [Grafik 4 auf Seite 8](#)), erzielt sie mit durchschnittlich 35 Mio. t pro Jahr nur knapp 70 % der deutschen Getreideproduktion. Bei fachgerechtem Einsatz moderner Agrartechnologien können aber auch in der Ukraine auf guten Standorten Getreideerträge von bis zu 10t/ha erzielt werden. Nach Schätzungen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO (FAO) könnte die Ukraine so die jährliche Getreideproduktion auf 75 Mio. t steigern und damit angesichts der erwarteten Zunahme der Weltbevölkerung auf 9 Mrd. Menschen bis zum Jahr 2050 einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Welternährung leisten.

Entwicklung der Agrarstruktur

Die Besitzstrukturen für landwirtschaftliche Nutzflächen sind in der Ukraine vergleichsweise kleinteilig. Im Rahmen der Privatisierung der 1990er Jahre erhielten die ehemaligen Kolchosesemitarbeiter zwar Anteilsscheine über ihren Bodenbesitz, der aber nicht »in Natura« als eigenes Stück Ackerland oder Wiese ausgewiesen wurde. Da das Moratorium für den Verkauf von landwirtschaftlichen Nutzflächen immer wieder verlängert wurde, begann man in der Folgezeit mit der Konsolidierung des Landbesitzes. So besitzen die ehemaligen Kolchosesmitglieder heute durchschnittlich 5 ha Land, wobei die Bandbreite des Landbesitzes von 0,7 ha in der Westukraine bis zu 13 ha in der dünn besiedelten Ostukraine reicht.

Agrarholdings

Die Agrarstrukturen der Ukraine werden weiterhin von den großflächigen Nachfolgebetrieben der Kolchosen mit einer Durchschnittsgröße von 1200 ha geprägt, die

dieses Land zu einem gesetzlich festgelegten Mindestpachtpreis »en bloc« von den Landeigentümern pachten. Daher wird die ukrainische Agrarlandschaft trotz der kleinteiligen Besitzstruktur weiterhin von großen Schlägen von bis zu 100 ha geprägt. Die Landwirtschaftsbetriebe sind meist als GmbH oder AG organisiert und bewirtschaften mit 17 Mio. ha mehr als die Hälfte des ukrainischen Ackerlandes.

Durch die tiefe transformationsbedingte Krise in der ukrainischen Landwirtschaft fielen um die Jahrtausendwende große Flächen brach. Nicht wenige der Nachfolgebetriebe der Kolchosen standen vor dem wirtschaftlichen Ruin und wurden von Investoren – unter Ihnen auch eine Reihe von deutschen Landwirten – übernommen. Viele der ukrainischen Investoren kamen aus der Ernährungsindustrie oder dem Getreidehandel und bauten im Sinne einer vertikalen Integration sogenannte »Agrarholdings« auf, die mittlerweile bis zu mehrere hunderttausend Hektar bewirtschaften. Triebfeder dieser Entwicklung ist sowohl die Sicherstellung einer stabilen und qualitativ hochwertigen Rohstoffversorgung als auch die langfristig erwartete Konkurrenz um landwirtschaftliche Nutzflächen in der Ukraine.

Obwohl aufgrund des genannten Moratoriums für den Handel mit landwirtschaftlichen Nutzflächen noch kein faktischer Bodenmarkt besteht, bilden die bei der Übernahme von landwirtschaftlichen Betrieben an den Vorpächter zu entrichtenden »Abstandszahlungen« bereits einen Marktwert für die landwirtschaftlichen Nutzflächen ab. Eine Reihe von großen Agrarholdings konnten aufgrund des signifikanten Ertragssteigerungspotenzials und den mittel- bis langfristig erwarteten steigenden Agrarpreisen weltweit erfolgreich Kapital an den internationalen Finanzmärkten für Modernisierung und Wachstum ihrer Unternehmen aufnehmen.

Haus- und Hofwirtschaften

Im Kontrast zu diesem in der Literatur als »Neue Industrialisierung« bezeichneten Konzentrationsprozess in der landwirtschaftlichen Produktion und Verarbeitung spielen in der Ukraine immer noch die vorwiegend subsistenzorientierten Haus- und Hofwirtschaften eine wichtige Rolle. Die 15 Mio. Kleinstbetriebe bewirtschaften fast 40 % der landwirtschaftlichen Nutzflächen und tragen damit im Jahr 2008 mehr als 50 % zur gesamten landwirtschaftlichen Produktion bei. Räumlich und wirtschaftlich sind die Haus- und Hofwirtschaften wie zu Sowjetzeiten mit den aus den Kolchosen hervorgegangenen Unternehmen eng verbunden. So übernehmen die landwirtschaftlichen Unternehmen oft noch mit ihren Traktoren den Winterdienst in den Dörfern

und die Bestellung der Felder der Kleinbauern. Da die Unternehmen die Flächen in der Regel von der Dorfbevölkerung pachten, wird die Pacht teilweise in Naturalien wie Getreide ausgezahlt, die dann wiederum in der Viehzucht der Haus- und Hofwirtschaften eingesetzt werden.

Trotz der aktuellen großen wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung der Haus- und Hofwirtschaften insbesondere noch für die ältere Landbevölkerung ist wahrscheinlich, dass diese mit der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung der Ukraine und der Suche der jungen Menschen nach attraktiveren Einkommensmöglichkeiten in den landwirtschaftlichen Großbetrieben oder in den Städten in den nächsten Jahrzehnten abnehmen wird. Das Ende der 80er Jahre wiederentdeckte Modell des »Ferner«, d. h. des bäuerlichen familiengeführten landwirtschaftlichen Betriebs konnte sich in der Ukraine in der Breite nicht durchsetzen. Die 43.000 Bauern bewirtschaften mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 80 ha nur rund 7 % des Ackerlandes, wobei erfolgreiche Bauern durchaus auch Betriebe mit mehr als 500 ha bewirtschaften können.

Bodenreform als politischer Zankapfel

Trotz jahrelangen Ringens konnten die ukrainische Gesellschaft und Politik bis heute keinen Konsens über die Umsetzung der Bodenreform erreichen. Mit einem Erlass des Präsidenten wurde zwar im Jahr 2001 als Ziel der Reform die wirtschaftlich effektive und ökologisch nachhaltige Landnutzung formuliert. Als Kernprinzip der Reform wurde hierzu die Schaffung eines transparenten und effizienten Bodenmarktes definiert. Gleichzeitig wurde ein zeitlich befristetes und in Folge immer wieder verlängertes Moratorium auf den Handel mit landwirtschaftlichen Nutzflächen erlassen mit der Begründung, dass die Umsetzung der Bodenreform erst nach der Schaffung der notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen und funktionierender Institutionen z. B. durch die Schaffung eines Landkatasters möglich sei.

Die Befürworter des freien Bodenmarktes argumentieren, dass erst durch die Handelbarkeit von Land die Voraussetzung geschaffen werde, landwirtschaftlichen Grundbesitz als Sicherheit für Kredite zu hinterlegen. Damit könnten landwirtschaftliche Unternehmen, die aufgrund der vergleichsweise hohen Produktions- und Marktrisiken häufig keine oder nur sehr teure Kredite erhalten, deutlich günstigeren Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten erhalten. Die Kritiker fürchten hingegen einen drohenden Ausverkauf der ukrainischen Erde, weshalb die bisherigen Gesetzesentwürfe meist auch ein Verbot des Landbesitzes für Ausländer vorsehen.

Darüber hinaus konkurrieren verschiedene regionale und föderale Verwaltungsstrukturen um die zu vergebenden Kompetenzen bei der Umsetzung des landwirtschaftlichen Bodenmarktes, so dass in den letzten Jahren konkurrierende Gesetzesentwürfe zur Umsetzung der Bodenreform in das ukrainische Parlament eingebracht wurden. Aufgrund dieser divergierenden Interessenlage wurde das Moratorium in den letzten Jahren letztendlich in fast vorhersehbarer Regelmäßigkeit immer wieder verlängert und die Beschlüsse über die notwendigen Gesetze zur Umsetzung des Bodenmarktes weiter verzögert.

Rückgang der kapitalintensiven Veredelung

Wie auch in vielen anderen osteuropäischen Ländern haben sich viele landwirtschaftliche Betriebe aus der kapitalintensiven Fleisch- und Milchproduktion zurückgezogen, da diese aufgrund ineffizienter Produktionsverfahren oft nicht rentabel ist und gleichzeitig langfristige Kredite für Investitionen nicht verfügbar waren. Als Ergebnis sind z. B. mittlerweile viele ukrainische Molkereien auf die Milch aus den Haus- und Hofwirtschaften angewiesen. Da die Tierhaltung in den Kleinbetrieben meist unter einfachsten Bedingungen und ohne eine effiziente Kühlkette erfolgt, erfüllt die Milch meist nicht die Qualitätsanforderungen, die für die Produktion von hochwertigen Milcherzeugnissen gelten.

Diese Situation hat Russland mehrfach zum Anlass genommen, den Import von Milchprodukten aus der Ukraine zu verbieten. Damit war die ukrainische Milchindustrie zeitweise von ihrem wichtigsten Exportmarkt abgeschnitten, was in der Folge zu einem drastischen Einbruch der Milcherzeugerpreise führte. Da auch die ukrainische Fleischwirtschaft traditionell auf den russischen Markt orientiert ist, aber gleichzeitig die hohen veterinärhygienischen Anforderungen der russischen Aufsichtsbehörden nicht immer erfüllen kann, wurden Importbeschränkungen eingeführt, die nur noch durch russische Veterinäre attestierte Betriebe für den Export zulassen.

Auch wenn die Wahl des Zeitpunkts für die Importbeschränkungen, z. B. in zeitlicher Nähe zum immer wieder aufflammenden ukrainisch-russischen Gaskonflikt, teilweise auch politisch motiviert erscheint, können die bestehenden Mängel der ukrainischen Milch- und Fleischproduktion nicht geleugnet werden. So bemüht sich die Ukraine seit mehreren Jahren auch um einen Zugang ihrer Fleischprodukte zum EU-Markt, der sich aufgrund der notwendigen Anpassung des ukrainischen Veterinärrechtes an europäische Normen und des Aufbaus EU-konformer Aufsichts- und Kontrollmecha-

nismen jahrelang hinzieht und von den Unternehmen umfangreiche Investitionen in die Modernisierung der Produktionsanlagen verlangt.

WTO-Beitritt und EU-Freihandelsabkommen

Der von der Ukraine angestrebte WTO-Beitritt stellt für die Agrar- und Ernährungswirtschaft insbesondere aufgrund der geringen Wettbewerbsfähigkeit im Bereich der tierischen Produktion eine große Herausforderung dar. So intervenierte die ukrainische Fleischwirtschaft nach dem WTO-Beitritt aufgrund zunehmender Importe von Fleischprodukten in die Ukraine massiv für eine Erhöhung der Importzölle und konnte entsprechende Entscheidungen im ukrainischen Parlament erreichen, die aber vom Präsidenten der Ukraine wegen des offensichtlichen Widerspruchs mit den WTO-Verpflichtungen nicht unterzeichnet wurden. Gleichzeitig mussten sich das Ministerium für Agrarpolitik sowie die ukrainischen Agrarverbände der Kritik stellen, die Interessen der Branche im Vorfeld des WTO-Beitritts nicht ausreichend vertreten zu haben. Letztendlich fehlten offenbar sowohl dem Ministerium als auch den entsprechenden Wirtschaftsverbänden das notwendige Wissen und taktische Geschick, ihre Interessen in dem komplexen Verhandlungsprozess zum WTO-Beitritt ausreichend zu vertreten.

Die Agrarverbände der Ukraine erscheinen insgesamt aufgrund der starken Zersplitterung vergleichsweise wenig schlagkräftig. Die noch zu Sowjetzeiten gegründeten Branchenverbände z. B. für Zucker, Milch und Fleisch haben sich in der Regel bisher weder personell und strukturell neu aufgestellt. Der Ukrainische Bauernverband vertritt nur eine relativ kleine Gruppe der ukrainischen Agrarproduzenten. Als Dachverband tritt die Ukrainische Agrarkonföderation unter der Leitung des ehemaligen Landwirtschaftsministers Leonid Kosatschenko auf. Die vom ehemaligen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Michajlo Gladij ins Leben gerufene Ukrainische Landwirtschaftskammer stützt sich vor allem auf Teile der ehemaligen Agrarpartei und der Akademie für Agrarwissenschaften. Im Jahr 2007 gründeten daher führende ukrainische Agrarholdings den Ukrainian Agribusiness Club, der von dem in Deutschland promovierten und habilitierten Agrarökonom Dr. Alex Lissitsa geleitet wird, mit dem Ziel, einen modernen und dienstleistungsorientierten Wirtschaftsverband zu schaffen.

Nachdem der Ukraine eine EU-Mitgliedschaft vorerst verwehrt bleibt, setzte die ukrainische Agrar- und Ernährungswirtschaft große Hoffnungen auf ein vertieftes Freihandelsabkommen mit der EU. Diesem Opti-

mismus weicht leider nun die Erkenntnis, dass gerade im Bereich Landwirtschaft viele für die Ukraine interessante Produktbereiche wie z. B. Getreide oder Tomaten vom Freihandel ausgenommen werden sollen. So kritisierte der ukrainische Landwirtschaftsminister Jurij Melnik im Januar im Rahmen der Internationalen Grünen Woche in Berlin, dass sich die Angebote der EU im Bereich Landwirtschaft von Verhandlungsrunde zu Verhandlungsrunde deutlich verschlechtert hätten.

Die Frage nach dem »gerechten« Brotpreis

Die unsicheren rechtlichen Rahmenbedingungen im Bereich Agrar- und Ernährungswirtschaft und ungeeignete Marktsteuerungsinstrumente zählen sicherlich zu den wichtigsten Entwicklungshemmnissen des Sektors. So sollen einerseits die Erzeugerpreise den ukrainischen Landwirten eine rentable Produktion ermöglichen, andererseits dürfen aber auch die Preise für Grundnahrungsmittel für die Konsumenten, allen voran bei Brot, nicht zu stark ansteigen. So wird per Gesetz einerseits ein Mindestpreis für die Erzeuger vieler Produkte pauschal festgelegt und andererseits aber auch die summarische Gewinnmarge für die Verarbeitung und den Handel mit Lebensmitteln auf 20 % begrenzt.

In den Jahren 2006 bis 2008 griff die ukrainische Regierung angesichts der damals stark steigenden Weltmarktpreise für Getreide sogar zu drastischen Exportrestriktionen, um den Inlandspreis für Brot und Futtermittel zu stabilisieren. Diese Entscheidung entkoppelte zwar zeitweise den Inlandspreis von den steigenden Weltmarktpreisen, bescherte aber dem chronisch unterfinanzierten ukrainischen Agrarsektor schmerzhafte Einkommensverluste. Die kurzfristigen politischen Entscheidungen und die wenig transparente Vergabe von Exportlizenzen beschädigten darüber hinaus das Ansehen der Ukraine als Investitionsstandort.

Bleibt die Ukraine GMO-frei?

Die Frage nach den Risiken und dem Nutzen des Anbaus und der Verwendung von GMO-Kulturen (gentechnisch modifizierte Organismen) wird auch in der Ukraine sehr kontrovers diskutiert. Einerseits steht die Ukraine auf dem Weltmarkt im direkten Wettbewerb mit Ländern wie Brasilien und den USA, bei denen sich der GMO-Anbau in der landwirtschaftlichen Produktion bereits durchsetzen konnte. Daher stehen viele landwirtschaftliche Großbetriebe diesem Anbau grundsätzlich offen gegenüber. Andererseits drängen die GMO-Kritiker darauf, durch eine Kennzeichnungspflicht eine Wahlmöglichkeit für die Konsumenten zu schaffen, und damit, wie in der Europäischen Union aufgrund der skeptischen

Grundhaltung vieler Konsumenten, die Nutzung von GMO im Lebensmittelbereich faktisch zu verhindern.

So ist im Mai 2007 in der Ukraine einerseits ein Gesetz in Kraft getreten, das den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen nach einer entsprechenden Registrierung erlaubt. Obwohl in der Ukraine bisher keine GMO-Kulturpflanze offiziell zugelassen worden ist, gehen Experten davon aus, dass insbesondere bei Soja die Nutzung von GMO-Saatgut bereits weit verbreitet ist. Andererseits wurde Ende 2009 in der Ukraine eine GMO-Kennzeichnungspflicht mit einem Grenzwert von 0,9 % beschlossen, die in der Praxis aber bisher nur sehr zögerlich umgesetzt wird.

Nachwachsende Rohstoffe als Chance

Die große Abhängigkeit von Energieimporten aus Russland sowie die scheinbar unbegrenzten Möglichkeiten für die landwirtschaftliche Produktion von Energiepflanzen führten dazu, dass die ukrainische Politik der Entwicklung der Bioenergie große Bedeutung beimisst. Ausgehend von der gesetzlichen Förderung von Biodiesel in Deutschland und der EU konnte die Ukraine insbesondere auch unter Verwendung leistungsfähigen Saatgutes aus Deutschland die Rapsproduktion erfolgreich auf bis zu 3 Mio. t ausdehnen (siehe [Grafik 6 auf Seite 9](#)) und diese zum Großteil in die EU vermarkten. Ein Beimischungszwang von Biodiesel war jedoch gegenüber der Ölindustrie nicht durchsetzbar, so dass sich die geplanten Investitionsprojekte für den Bau von Biodieselanlagen letztendlich als nicht realisierbar erwiesen.

Nach der russisch-ukrainischen Gaskrise Anfang 2009 verstärkte die ukrainische Regierung jedoch die Bemühungen zur Entwicklung der Bioenergie in der Ukraine. Durch die Verabschiedung eines Gesetzes zur Förderung erneuerbarer Energiequellen am 1. April 2009 wurden in Anlehnung an das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sogenannte »Grüne Tarife« geschaffen, die die ukrainische Stromwirtschaft verpflichten, Ökostrom zu einem erhöhten Einspeisetarif abzunehmen (siehe [Ukraine-Analyse Nr. 63](#)). Ob diese Regelungen in der Praxis umsetzbar sind und damit den erwünschten Investitionsschub im Bereich der Bioenergieproduktion auslösen, bleibt abzuwarten. Letztendlich haben die landwirtschaftlichen Unternehmen in der Ukraine in der Vergangenheit immer wieder die bittere Erfahrung machen müssen, dass die ukrainische Politik bereits beschlossene Förderprogramme aufgrund fehlender Finanzmittel nur sehr begrenzt oder gar nicht umsetzen konnte und von der Vergabe der begrenzten Fördermittel letztendlich am meisten die damit befassten Beamten profitierten.

Deutsch-Ukrainische Zusammenarbeit im Bereich Agribusiness

Die deutsch-ukrainische Zusammenarbeit im Bereich Agrar- und Ernährungswirtschaft wird seit 1998 durch ein gemeinsames Sekretariat der AG Landwirtschaft/Ernährungsindustrie beim Deutsch-Russischen und Deutsch-Ukrainischen Kooperationsrat koordiniert, das 2001 als Arbeitsgruppe Agrarwirtschaft an den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft angegliedert wurde und durch führende Verbände und Unternehmen der Branche finanziert wird.

Aufbauend auf diesen Strukturen initiierte das damalige Bundesministerium für Landwirtschaft mit Fördermitteln des Transformprogramms 1999 das sogenannte Deutsch-Ukrainische Agrarentwicklungs- und Investitionsprojekt – kurz DUAP. Ziel des 2004 auslaufenen Projektes war es, landwirtschaftliche Produktions- und Verarbeitungsunternehmen in produktions- und betriebswirtschaftlichen Fragen zu beraten, landwirtschaftliche Fach- und Führungskräfte auszubilden und die betriebliche Kooperation mit deutschen Unternehmen zu fördern. Als »spin-off« konnten sich nach dem Ende des Projektes private Beratungsunternehmen etablieren, die Investoren – unter Ihnen viele deutsche Landwirte – bei Investitionsprojekten in der Ukraine beraten.

Der enge Dialog zwischen Politik und Wirtschaft, der seit 2006 im Rahmen des Deutsch-Ukrainischen Agrarausschusses regelmäßig auf Ministerebene stattfindet, leistet einen wichtigen Beitrag, um Unternehmen der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft erfolgreich den Markteinstieg in der Ukraine zu ermöglichen und wichtige Investitionsprojekte wirtschaftspolitisch zu flankieren. Hierdurch konnte sich Deutschland als wichtigster westeuropäischer Lieferant von moderner Landtechnik, Saatgut und Pflanzenschutz in der Ukraine etablieren. Im Jahr 2008 importierte die Ukraine aus Deutschland Landtechnik im Wert von mehr als einer viertel Milliarde Euro. Aufgrund der Finanzkrise waren jedoch im Jahr 2009 nur wenige ukrainische Landwirte in der Lage, umfangreichere Investitionen zu tätigen, so dass die Landtechniklieferungen um zwei Drittel einbrachen (siehe Grafik 5 auf Seite 9).

Neben dem Mangel an Kapital und dem teilweise fehlenden Marktzugang ist immer noch das Fehlen qualifizierter und motivierter Fach- und Führungskräfte das Hauptentwicklungshindernis für die ukrainische Agrar- und Ernährungswirtschaft. Vor diesem Hintergrund initiierte die Arbeitsgruppe Agrarwirtschaft im Ost-Aus-

schuss der Deutschen Wirtschaft gemeinsam mit der Deutschen Botschaft und dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ein Deutsches Agrarzentrum (DAZ) im Gebiet Tscherkasi. Hier werden Facharbeiter und Führungskräfte praxisnah in der Anwendung moderner Agrartechnologien geschult.

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft bietet mit der Arbeitsgruppe Agrarwirtschaft seit 2004 im Rahmen des Ost-West-Agrarforums der Internationalen Grünen Woche der Ukraine eine hochrangige Plattform, um sich der deutschen Wirtschaft als Handels- und Investitionspartner zu präsentieren. Mit der Weiterentwicklung dieser Dialogplattform zum Global Forum for Food and Agriculture (GFFA) trägt das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft dem Wunsch der osteuropäischen Partnerländer nach einem Dialog auf Augenhöhe und einem noch stärker internationalen Dialog Rechnung.

Ministerium für Agrarpolitik unter neuer Leitung

Obwohl sich der seit 2006 amtierende und breit vernetzte Landwirtschaftsminister Jurij Melnik gute Chancen für ein Verbleiben in der neuen ukrainischen Regierung unter Ministerpräsident Mikola Asarow ausrechnen konnte, wurde der Vorsitzende des parlamentarischen Agrar-Ausschusses Mikola Prisjashnjuk zum neuen Minister für Agrarpolitik ernannt. Er kündigte umfangreiche Veränderungen, insbesondere eine Reduzierung des Verwaltungspersonals um 25 bis 30 % sowie eine Überprüfung aller 13 stellvertretenden Minister an. Da für die Frühjahrsbestellung die notwendigen Fördermittel bisher nur zu 50 % zugeteilt wurden, versprach der neue Agrarminister, die fehlenden Fördermittel vom Finanzministerium kurzfristig anzufordern. Der Haushalt für das Jahr 2010 solle kurzfristig aufgestellt werden und für die Agrar- und Ernährungswirtschaft Investitionsanreize bieten.

Trotz des politischen »auf und ab« der letzten Jahre konnte die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft stabile und vertrauensvolle Beziehungen zur Ukraine aufbauen. Gemeinsam mit der ukrainischen Seite teilen wir die Überzeugung, dass die guten naturräumlichen Voraussetzungen der Ukraine zusammen mit der gemeinsamen Herausforderung, bis 2050 rund 9 Mrd. Menschen weltweit ernähren zu können, gute Entwicklungsperspektiven für eine Zusammenarbeit bei der Modernisierung des Sektors bieten.

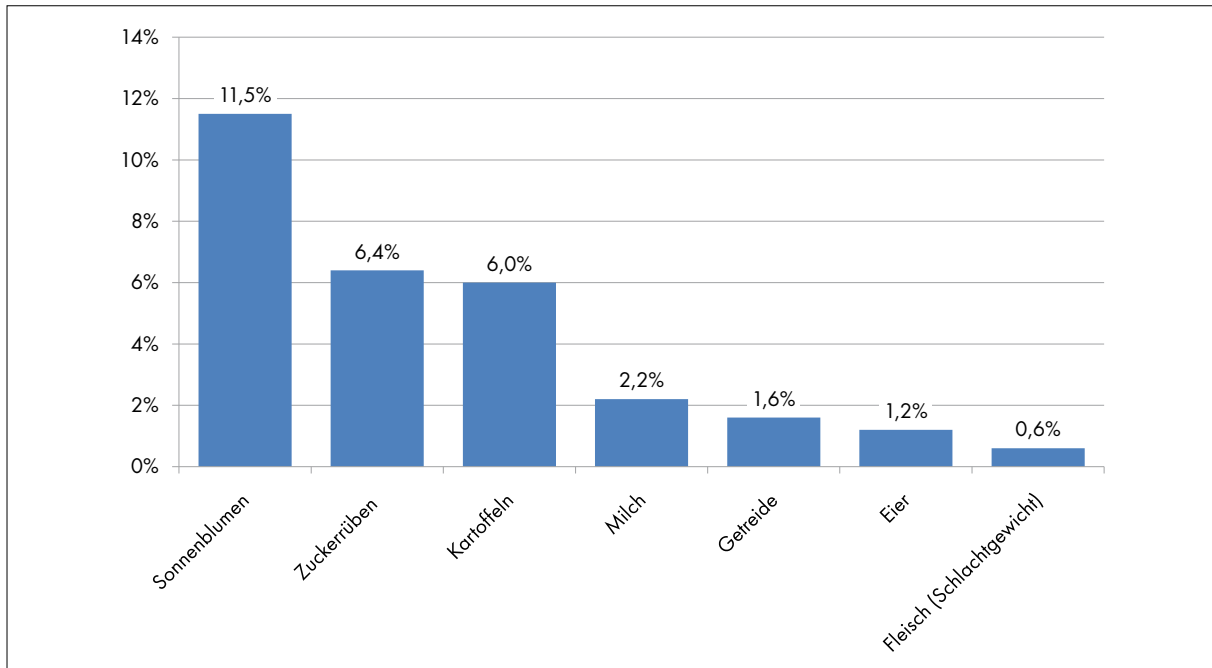
Über die Autorin:

Gerlinde Sauer ist Geschäftsführerin der Arbeitsgruppe Agrarwirtschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft.

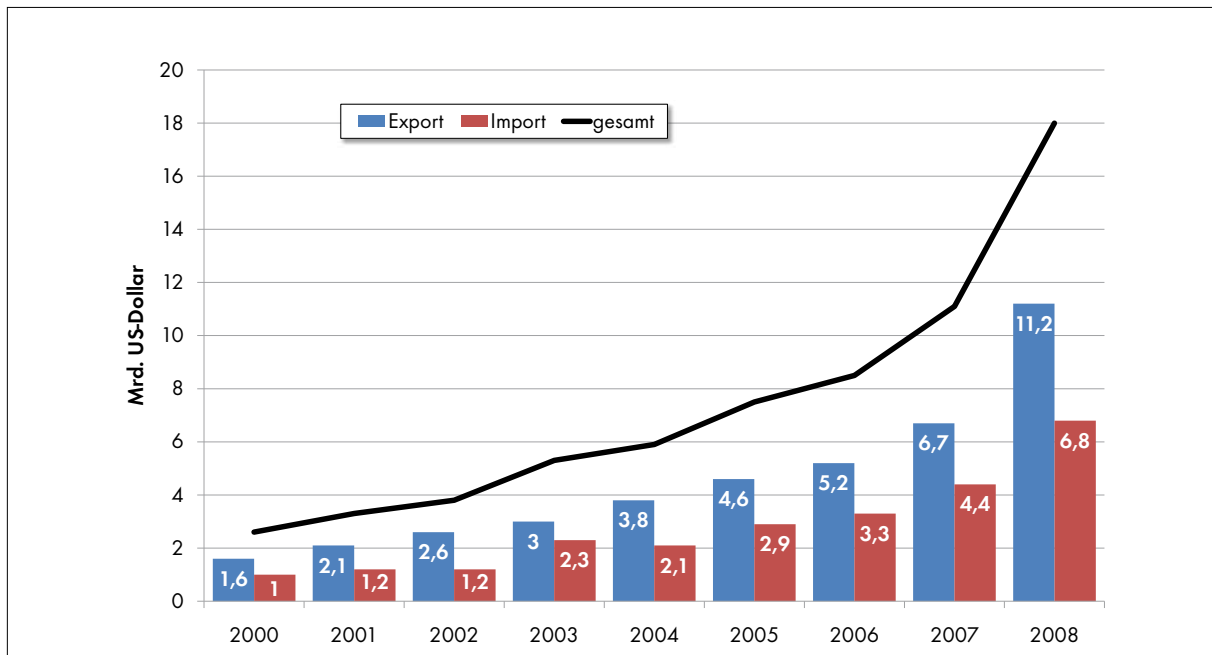
Tabellen und Grafiken zum Text

Statistiken zur ukrainischen Landwirtschaft

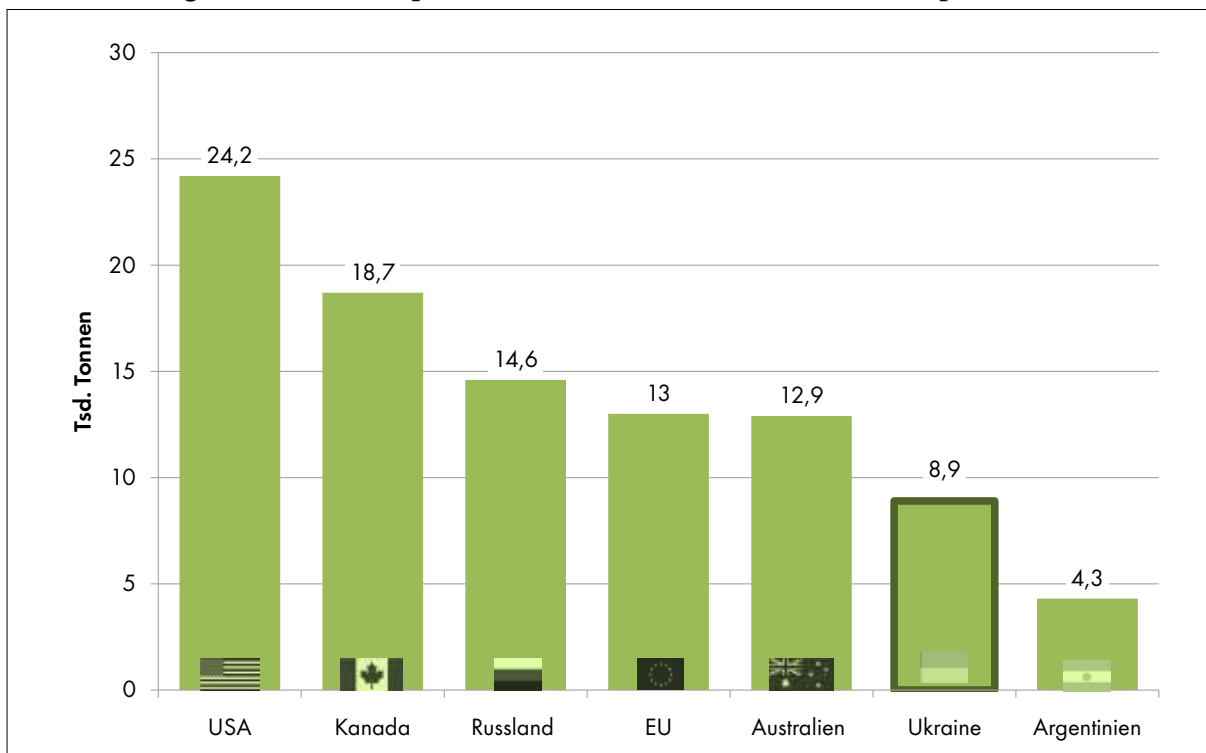
Grafik 1: Anteil der ukrainischen Landwirtschaft an der weltweiten Produktion



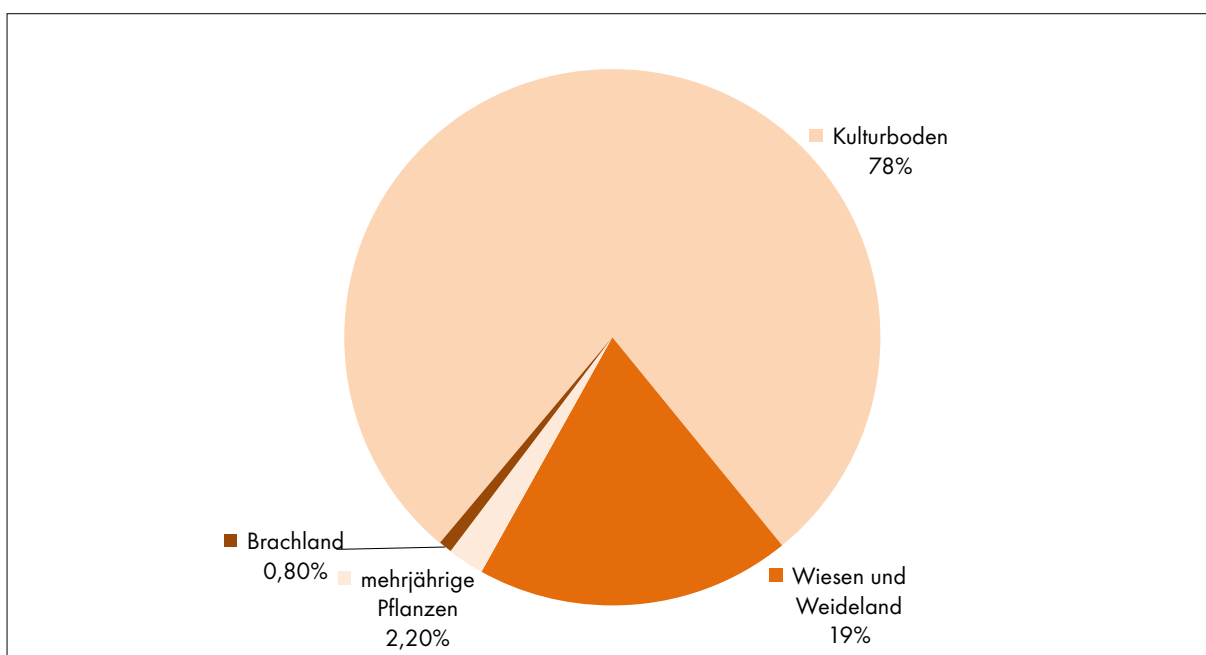
Grafik 2: Export- und Importdynamik des ukrainischen Agrarsektors (Mrd. US-Dollar)



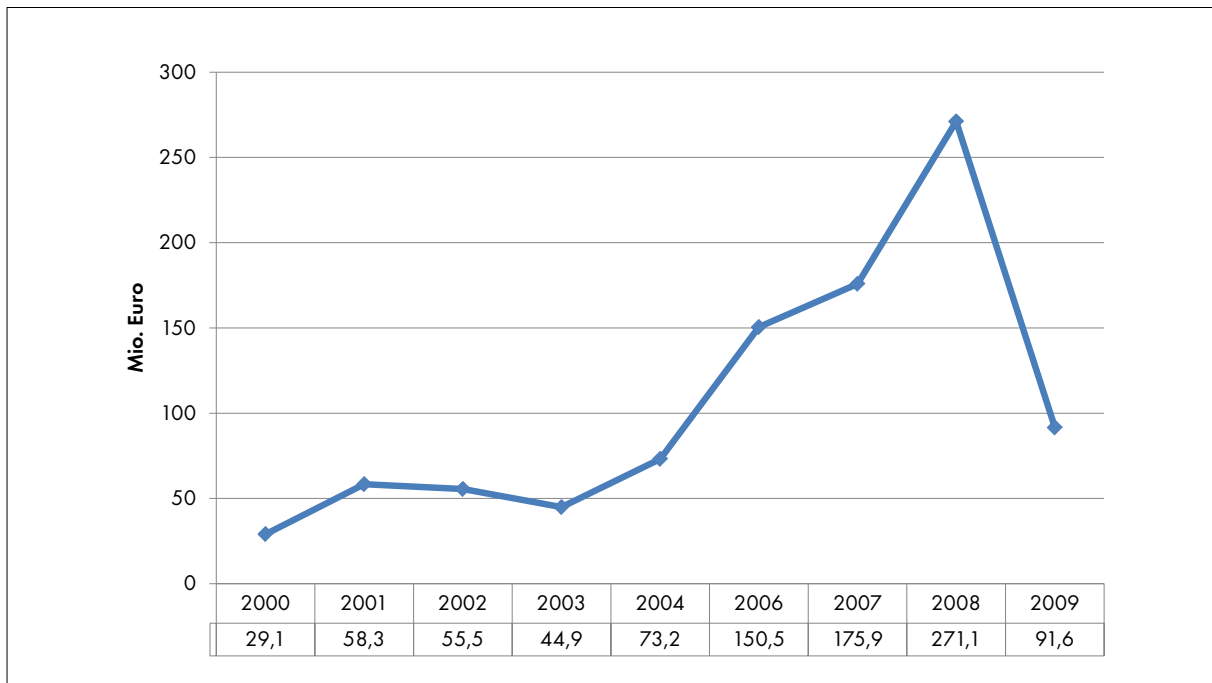
Quelle: Ministry for Agrarian Policy of Ukraine, Panorama of Ukraine Agrarian Sektor 2008

Grafik 3: Die größten Weizenexporteure der Welt 2008/09 (Tsd. Tonnen pro Jahr)


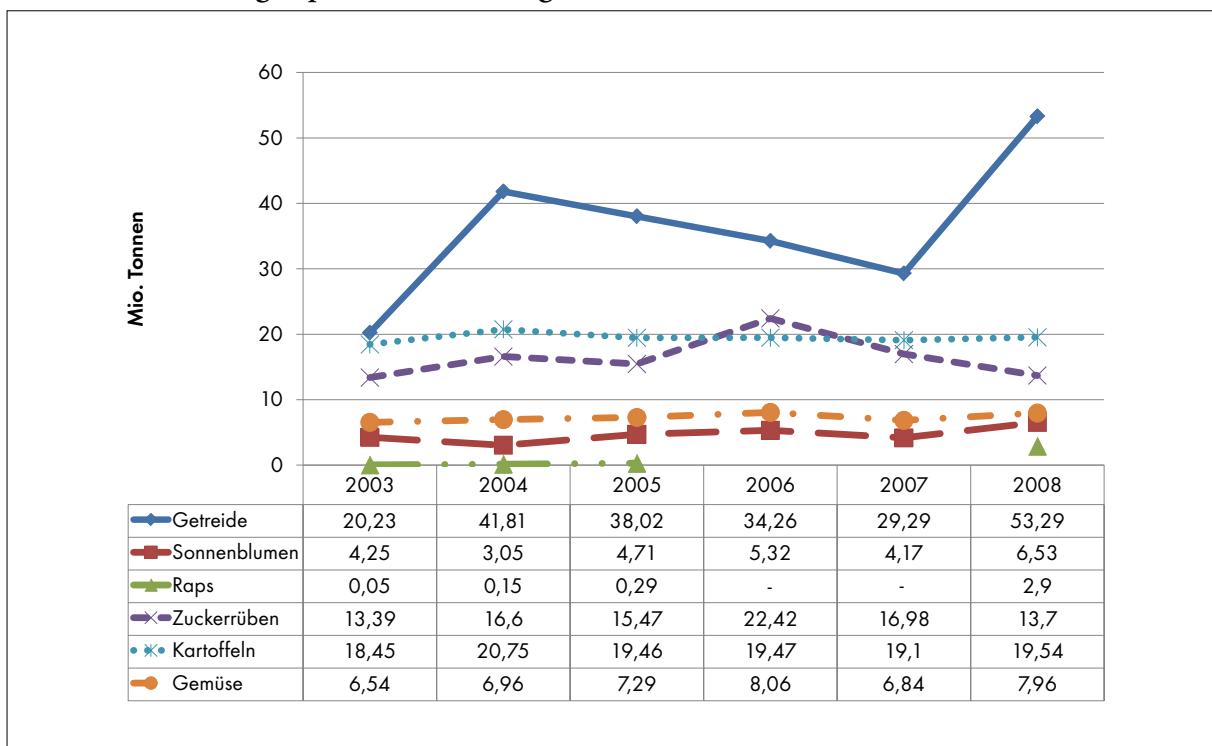
Quelle: European Commission: Agricultural Commodity Markets Outlook 2009-2018, http://ec.europa.eu/agriculture/analysis/tradepol/worldmarkets/outlook/2009_2018_en.pdf

Grafik 4: Landwirtschaftliche Nutzflächen 2008


Quelle: Ministry for Agrarian Policy of Ukraine: Panorama of Ukraine Agrarian Sektor, 2008, S. 11.

Grafik 5: Landtechnikimporte aus Deutschland (Mio. Euro)


Quelle: Erhebungen des VDMA Landtechnik.

Grafik 6. Erntemengen pflanzlicher Erzeugnisse (Mio. Tonnen)


Quelle: Staatliches Statistikamt der Ukraine, <http://www.ukrstat.gov.ua/>

Analyse

Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit der ukrainischen Fleischwirtschaft

Von Vera Belaya und Taras Gagalyuk, Halle

Einleitung

Der Markt für Fleisch und Fleischprodukte hat in der Ukraine eine lange Tradition und sein Zustand hat wesentlichen Einfluss auf andere Lebensmittelmärkte. Seit jeher gehört die Fleischindustrie in der Ukraine zu den wichtigsten Industriezweigen und ihre Entwicklung steht im besonderen Interesse des Staates. Außerdem stellen Fleischwaren als Bestandteile verschiedener Warengruppen einen Teil der strategischen Reserven des Staates dar. Trotz des fortwährenden Mangels hat die Bedeutung von Fleischprodukten für die durchschnittliche Konsumentenration über die Jahre nicht abgenommen.

Niedergang der Viehwirtschaft

Laut offizieller Statistik konsumiert heutzutage jeder Mensch in der Ukraine ca. 40–42 kg Fleisch pro Jahr. In den Richtlinien des Kiewer Hygieneinstitutes für Ernährung ist angegeben, dass ein Mensch ca. 85 kg Fleisch jährlich konsumieren sollte, mit einem Anteil an Schweinefleisch von etwa 42–45 % (36–38 kg).

In den 90er Jahren war in den Transformationsländern Osteuropas zum Teil ein drastischer Einbruch der tierischen Veredlungsproduktion und insbesondere der Fleischproduktion zu beobachten. Da die Ankaufpreise für Getreide und Futter stiegen, erhöhten sich automatisch auch die Produktionskosten in der Viehwirtschaft und die Bevölkerung war wegen der insgesamt schwierigen wirtschaftlichen Lage nicht in der Lage, weiterhin Fleischprodukte im selben Umfang wie bisher zu kaufen. Nicht einmal die hohen staatlichen Subventionen konnten Abhilfe schaffen und die Viehwirtschaft blieb unrentabel. Dies und der Mangel an Viehfutter führten dazu, dass viele Kolchosen und Sowchosen ihre Tierbestände beträchtlich reduzierten. Außerdem wurden die Viehverluste immer größer, während die Zuwachsraten sanken. Heute betragen die Tierbestände nur noch einen Bruchteil vom ehemaligen Gesamtbestand: 20 % bei Rindern im Vergleich zu 1990, 33 % bei Schweinen und 70 % bei Geflügel (siehe [Grafik 1 auf S. 13](#)).

Des Weiteren veränderte sich in den 1990er Jahren in Zusammenhang mit den neuen Formen des Wirtschaftens auch die Struktur der Tierbestände in der Ukraine. Wenn 1990 noch 85,6 % der Rindviehbestände in großen landwirtschaftlichen Unternehmen und 14,7 % in Hauswirtschaften gehalten wurden, so veränderte sich diese Struktur bis 2005 vollständig. In landwirtschaftlichen Unternehmen lebten nun nur noch 38 % und in Hauswirtschaften 62 % der Tiere. Eine ähnliche Entwicklung war auch in der Schweinezucht zu beobachten. In der Geflügelzucht waren die Veränderungen nicht ganz so gravierend: Landwirtschaftlichen Unternehmen gehörten 1990 54 % und 2005 noch

42 % der Tiere, den Hauswirtschaften entsprechend 46 % und dann 58 %.

Importe zu Dumpingpreisen

Als Wendepunkt in der einheimischen Fleischproduktion und der Viehwirtschaft wurde der Moment bezeichnet, in dem, trotz vielfältiger Versuche des Staates ein Gleichgewicht zwischen Zukäufen und Eigenproduktion herzustellen, der Import die Eigenproduktion um mehr als das Doppelte überstieg. Während die einheimischen Unternehmen gerade die ersten Schritte auf den geöffneten Märkten machten, nutzten ausländische Produzenten und Lieferanten die Gunst der Stunde. Die Fleischproduktion betrug insgesamt im Jahr 2008 nur noch 43,74 % im Vergleich zu 1990 (siehe [Grafik 2 auf S. 14](#)).

Mittlerweile steigt mit dem wachsenden Einkommen der ukrainischen Verbraucher auch die Nachfrage nach Fleisch und Fleischprodukten. Allerdings ist die heimische Landwirtschaft nur zum Teil Nutznießer dieses steigenden Verbrauchs. Der aktive Import von Fleischrohstoffen zu Dumpingpreisen in die Ukraine hat bewirkt, dass eine Reihe von Investitionsprojekten in der Viehwirtschaft und die Arbeit von einigen Produzenten von Schweine- und Geflügelfleisch zum Erliegen gekommen sind. In den ersten 11 Monaten des Jahres 2009 wurden insgesamt 375,4 Tsd. t Fleisch importiert, wobei jedoch 40 % des importierten Geflügel- und Schweinefleisches und 90 % des Rindfleisches von eher minderwertiger Qualität waren.

Die Versorgung des Binnenmarktes mit minderwertigen Fleischrohstoffen zu Dumpingpreisen hat, bei einer gleichzeitigen Vergrößerung der eigenen Produktion in den landwirtschaftlichen Unternehmen, zu mangelnder Konkurrenzfähigkeit der Fleischbranche geführt. Folglich sind die Preise für Geflügel- und Schweinefleisch im November und Dezember des Jahres 2009 um 15–20 % gesunken. Für kleine und mittlere Schweine- und Geflügel-fleischproduzenten liegt dieses Preisniveau unter der Produktionskostengrenze.

Der Markt für Geflügelfleisch

Ein wichtiges Argument für die Attraktivität der Geflügelbranche sind die verhältnismäßig niedrigen Produktionskosten. Für 1 kg Geflügelfleisch werden lediglich 2 kg Futter benötigt (hauptsächlich aus Getreidekomponenten bestehend). Für 1 kg Rindfleisch hingegen sind 6 kg Futter notwendig und für 1 kg Schweinefleisch 4 kg. Somit sind die Hauptkosten bei der Produktion von Geflügelfleisch sehr viel niedriger als bei anderen Fleischarten. Der durchschnittliche Preis für einen Broiler (zur Mast bestimmtes Hähnchen) beträgt 20–22 Hriwnja/kg, während er für Rindfleisch bei ca. 34 Hriwnja/kg liegt, und für Schweinefleisch zwischen 47 und 55 Hriwnja/kg. Dementsprechend setzt sich die Fleischration der Ukrainer zusammen (siehe *Grafik 3 auf S. 14*).

Der Konsum von Geflügelfleisch nimmt in der Ukraine kontinuierlich zu und beträgt heute 22 kg pro Einwohner im Jahr. Zum Vergleich: In Brasilien, dem größten Geflügelproduzenten weltweit, sind es 27 kg, in den USA jedoch 47 kg, in der EU 24 kg und in Russland 19 kg. Diesen steigenden Bedarf kann die einheimische Geflügelfleischproduktion nicht decken – mangelnde Produktionskapazitäten oder zu geringe Tierbestände sind jedoch nicht der Grund dafür.

Laut dem Ukrainian Agribusiness Club produzierte die Ukraine im Jahr 2009 ca. 1 Mio. t Geflügelfleisch, womit sie unter den europäischen Ländern an erster Stelle steht. Gleichzeitig sind die Geflügelbestände beträchtlich gewachsen und auch der Konsum stieg steil an. Die Produktion von Geflügelfleisch wächst wie bei keiner anderen Fleischsorte in der Ukraine, sie verdoppelte sich seit 2004 (siehe *Grafik 4 auf S. 15*). 2009 stieg die Geflügelfleischproduktion in der Ukraine um 13 % an, wobei große Agrarfirmen die größten Investitionen tätigten. Die Rede ist von solchen Firmen wie »Mironowskij Chleboprodukt« oder »Dnepropetrowskij ptizekombinat«. Seit Ende Juli 2009 fielen jedoch die Verkaufspreise für Geflügelfleisch um 15 % (um 2–3 Hriwnja/kg), weil in großem Umfang minderwertiges Fleisch importiert wurde.

Das Exportpotenzial der einheimischen Geflügelfleischproduzenten wird voraussichtlich nach dem Erhalt der Qualitätszertifikate der EU-Kommission zunehmen. Die Kommission hat die fünf größten ukrainischen Geflügelgroßfarmen bereits überprüft und zugesagt, allen eine Exporterlaubnis auszustellen. Bisher wird in die EU hauptsächlich Geflügelfleisch aus Brasilien eingeführt. Die Transportkosten betragen dabei ca. 20 % des Gesamtpreises, während der Import ukrainischer Geflügelfleischprodukte um ca. 15 % billiger wäre. Aus diesem Grund sind die Chancen der ukrainischen Geflügelzüchter, auf dem europäischen Markt

erfolgreich zu agieren und einen Anteil des Marktes für sich zu erobern, ziemlich hoch.

Der Markt für Schweinefleisch

Im Jahr 2009 verringerte sich der Bestand an Rindvieh in der Ukraine um 7,5 % auf 5,1 Mio. Tiere und der Bestand an Schweinen – um 7 % auf 6,5 Mio. Tiere im Vergleich zum Vorjahr. Auch in den vorangegangenen Jahren waren die Rindvieh- und Schweinebestände um durchschnittlich ca. 7–8 % jährlich gesunken. Die Bestände an Geflügel stiegen dagegen im Jahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr um fast 5 % auf 177,6 Mio. Tiere.

Der ukrainischen Verarbeitungsindustrie fehlen etwa 200 Tsd. t preisgünstiges Schweine- und Rindfleisch, das die einheimischen Produzenten nicht preiswert genug zur Verfügung stellen können, da die ukrainischen, gekühlten Fleischprodukte vergleichsweise teuer sind. Im Jahr 2008 machte Geflügelfleisch 47 % und Schweinefleisch 45 % in der Gesamtstruktur der Fleischimporte der Ukraine aus. Rindfleisch dagegen wird in geringerem Umfang importiert (7 % im Jahr 2008) (siehe *Grafiken 5 auf S. 16*). Laut einem aktuellen staatlichen Bericht sanken die Preise für die einheimische Produktion infolge der hohen Nachfrage nach brasilianischem Schweinefleisch auf dem ukrainischen Markt. Jetzt betragen die Preise für einheimisches Schweinefleisch 24–25 Hriwnja/kg. Das gleiche tiefgefrorene Fleisch aus Brasilien kostet dagegen nur 19–20 Hriwnja/kg.

Nur große Schweinezuchtfarmen mit geschlossenen Produktionszyklen, wie sie ein Teil der großen Konzerne besitzt, können es sich leisten, moderne Technologien in der Schweinezucht und der Verarbeitung einzuführen. Die Rentabilität dieser Unternehmen erreicht 40 %–65 %. Da es beim Import immer wieder zu Komplikationen kommt, wird die Nachfrage nach Importschweinefleisch sinken und die Nachfrage nach ukrainischem Schweinefleisch steigen. Dabei würde eine Kürzung der Schweinefleischimporte den Preisanstieg auf dem Binnenmarkt unterstützen.

Der Markt für Rindfleisch

Heute werden in der ukrainischen Rindfleischproduktion überwiegend Zweinutzungsrasen (für die Milch- und Fleischproduktion) verwendet, 1990 betrug ihr Anteil gerade mal 64 % (16,2 Mio. Tiere), 2005 waren es nur noch 44 % (2,94 Mio. Tiere). Für die landwirtschaftlichen Betriebe ist es aber nicht rentabel, Viehrassen zur reinen Fleischgewinnung zu halten. Die Hauswirtschaften halten vor allem Tiere mit guter Milch- und guter Milch-Fleisch-Produktion. Heute gibt es in der Ukraine auf 100 Milchkühe 1,1 Rinder zur reinen

Fleischproduktion, während es in den USA, Kanada und Frankreich 200 bis 300 sind. Der weltweite Anteil an Fleisch von Rindern, die auf Milch und Fleisch gezüchtet sind, beträgt 54 %, in der Ukraine jedoch nur 1,8 %.

Trotz der Tatsache, dass die Rindfleischproduktion sinkt, fallen auch die Preise. Es gibt keine große Nachfrage auf dem ukrainischen Markt, denn die Hauptkäufer von Rindfleisch waren schon immer die Verarbeitungsunternehmen, von denen viele in letzter Zeit ihre Produktion stilllegen mussten oder ihr Sortiment auf Geflügelfleisch-erzeugnisse umgestellt haben. Zum 1. August 2009 verringerten sich daher die Rindviehbestände in der Ukraine im Vergleich zu 2008 abermals um 3,8 % auf 5,7 Mio. Tiere.

Die Rindfleischwirtschaft erfordert größere Investitionen als andere Fleischbranchen. Darüber hinaus sind die Preise für Rindfleisch im Einzelhandel wegen der geringeren Nachfrage traditionell niedriger als für Schweinefleisch. Ein weiteres Argument für die Schweinezucht ist, dass man ein Schwein schon nach einem halben Jahr verkaufen kann, während man 3–5 Jahre mit dem Verkauf eines Rinds warten muss, damit man denselben Gewinn erzielt (bei Geflügel sind es 40 Tage).

2008 schlachteten mehr als 350 Betriebe mit Milch- und Fleischvieh, also 9 % der landwirtschaftlichen Betriebe, ihre Herden vollständig. Anfang 2009 wurden 30 % der vorhandenen Fleischverarbeitungsunternehmen geschlossen. Am Rande der Schließung befinden sich solche Fleischkombinate wie »Watunskij«, »Shelto-wodskij« »Kamenez-Podolskij«, während »Winizzamjaso«, »Trostjanezkij« und »Krementschugskij« ihre Produktion bereits herabgesetzt haben. Viele Betriebe sind bereit, ihre Bestände teilweise oder vollständig zu verkaufen (z. B. die Fleischkombinate »Mjasnoj Dwor Podolja« und »Lebe-dinskij«), und 82 % der Unternehmen der Fleischverarbeitungsindustrie arbeiten heute mit einer lediglich 26–32 %-igen Auslastung ihrer Produktionskapazitäten.

Schlussfolgerungen

Zu den wichtigsten Gründen für das verlustreiche Wirtschaften der ukrainischen Fleischindustrie gehören folgende: schwache Infrastruktur und Ausrüstung mit Anlagevermögen; Mangel an leistungsstarken Rindviehrassen der Fleischproduktionsrichtung; schwache Wettbewerbsfähigkeit der Fleischproduktion; nicht genügend Investitionen in die Viehwirtschaft, da eine Kapitalwiedergewinnung über Investitionen in anderen Fleisch-

branchen schneller möglich ist; niedrige Löhne für die Mitarbeiter der Viehwirtschaft; schlechte Anpassung der landwirtschaftlichen Unternehmen an die neuen Bedingungen der Wirtschaftsführung; instabile Qualität der einheimischen Rohstoffe sowie unzuverlässige Lieferbedingungen der einheimischen Produzenten.

Folgende Gründe für die geringe Wettbewerbsfähigkeit der ukrainischen Veredelungsproduktion gegenüber den importierten Veredelungsprodukten nennen Vertreter der Landwirtschaft und Agrarpolitiker: hohe Exportsubventionen der Exportländer und niedrige Preise für qualitativ minderwertige Importe. Allerdings sind auch andere Erklärungen für diese Situation denkbar. So könnten die niedrigen inländischen Ankaufpreise auch auf die Ausübung oligopsonistischer Marktmacht (wenige Nachfrager, viele Anbieter) seitens der fleischverarbeitenden Industrie gegenüber der landwirtschaftlichen Veredelungsproduktion zurückzuführen sein. Der Regierung ist es bisher nicht gelungen, Stabilisierung und Wachstum der Viehbestände der Fleischrichtung, einschließlich der spezialisierten Fleischviehzucht, zu erreichen. Die Preise für Fleischprodukte gewährleisteten nicht einmal die einfache Erneuerung der Rindviehherden und der Rückgang der Bestände wird zunehmend bedrohlich.

Allerdings ersetzen die einheimischen Produzenten allmählich die Importprodukte und vergrößern ihre Marktanteile. Außerdem ist die Ukraine einer der wichtigsten Getreideexporteure der Welt und erfüllt dementsprechend alle Voraussetzungen dafür, in nächster Zukunft aufgrund der ausreichend großen Futterbasis auch ein führender Fleischexporteur zu werden. Die ukrainischen Produzenten haben heute die Möglichkeit, den ukrainischen Markt vollständig zu »sättigen«, doch sie produzieren nur so viel, wie sie absetzen können und nur in den absetzbaren Preiskategorien. Für den Erhalt der Lebensmittelunabhängigkeit und -sicherheit der Ukraine sind Maßnahmen, die auf eine grundlegende Verbesserung der Situation in allen Segmenten der Viehzucht und der Verarbeitungsindustrie zielen, notwendig. Der Wirtschaftszweig benötigt erhebliche finanzielle Unterstützung vonseiten des Staates, günstige Kredite, eine termingerechte Auszahlung der Subventionen, eine Regelung des Außenhandels mit Fleischprodukten und eine Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit einheimischer Erzeugnisse.

Über die Autoren:

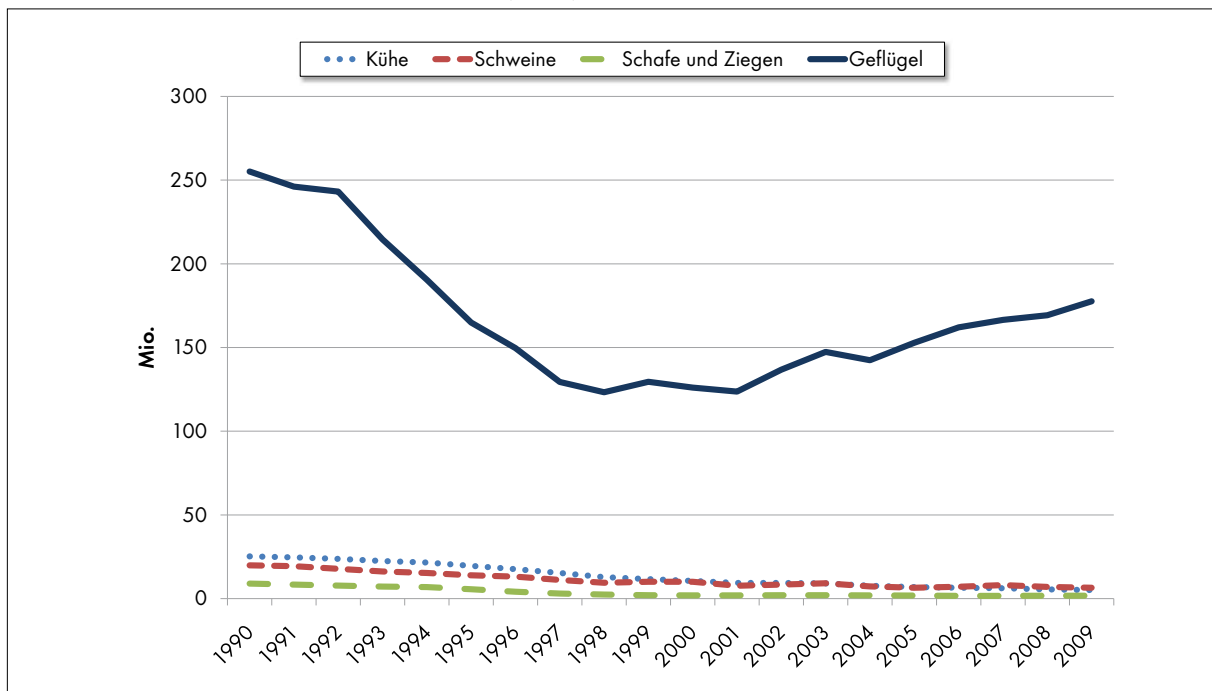
Vera Belaya ist als Doktorandin in der Abteilung Agrarmärkte, Agrarvermarktung und Weltagrarhandel am Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO) in Halle (Saale) tätig.

Taras Gagalyuk ist Doktorand in der Abteilung Betriebs- und Strukturentwicklung im ländlichen Raum am Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO) in Halle (Saale).

Tabellen und Grafiken zum Text

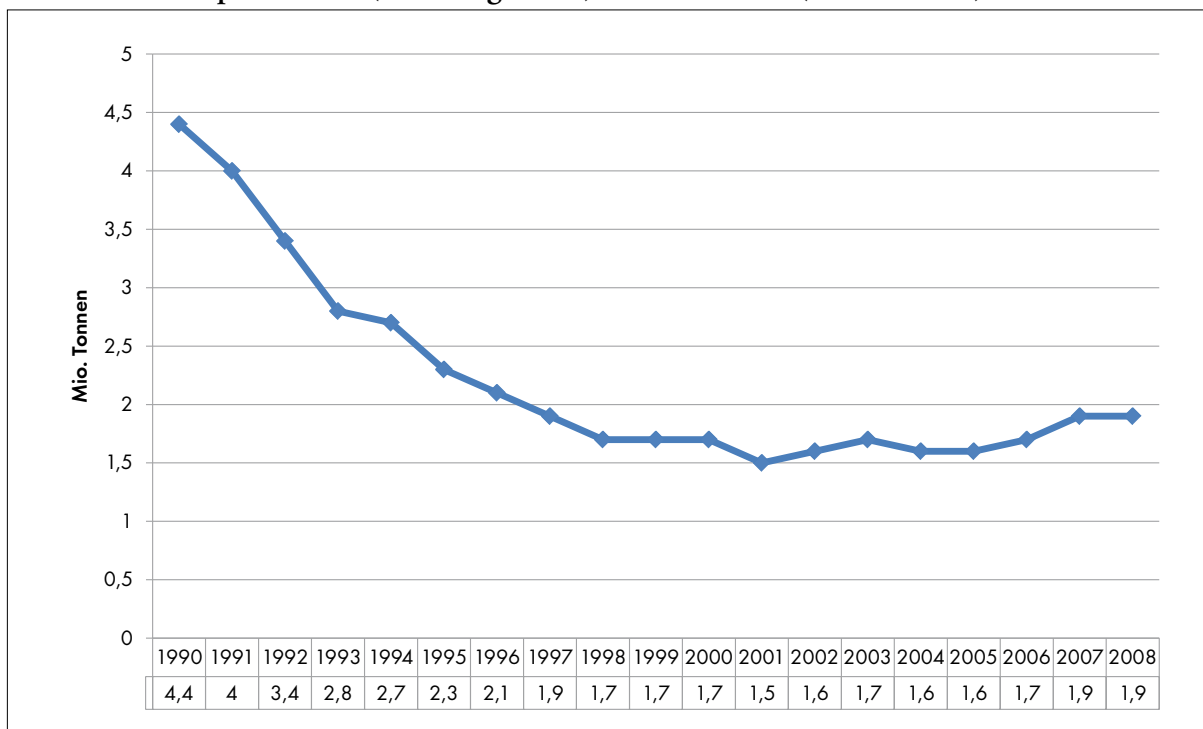
Statistiken zu Fleischproduktion und -konsum in der Ukraine

Grafik 1: Viehbestände in der Ukraine (Mio.)



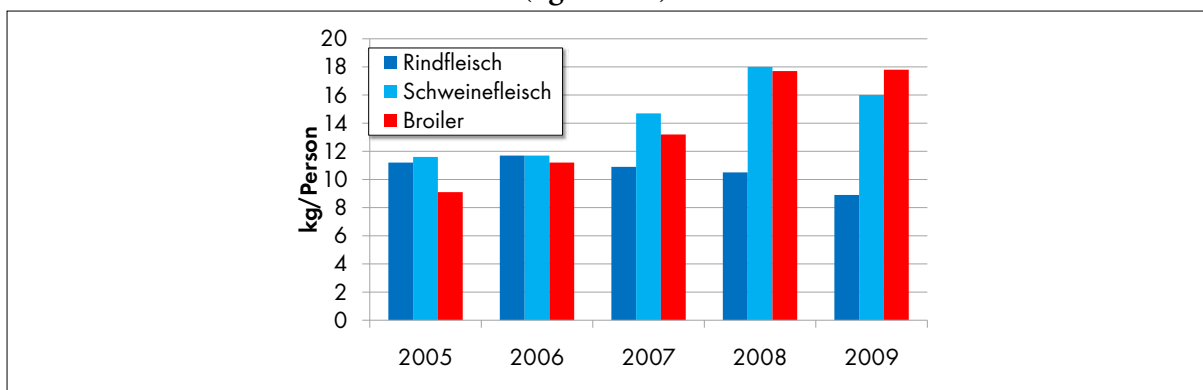
Jahr	Rinder		Schweine	Schafe und Ziegen	Geflügel
	Insgesamt	davon Kühe			
1990	25,2	8,5	19,9	9,0	255,1
1995	19,6	7,8	13,9	5,6	164,9
2000	10,6	5,4	10,1	1,9	126,1
2005	6,9	3,9	6,5	1,8	152,8
2009	5,1	2,9	6,5	1,7	177,6
2009 in % im Vergleich zu 1990	20,16 %	33,49 %	32,72 %	19,18 %	69,62 %

Quelle: Staatliches Statistikamt der Ukraine, <http://www.ukrstat.gov.ua/>

Grafik 2: Fleischproduktion (Schlachtgewicht) in der Ukraine (Mio. Tonnen)


2008 in % im Vergleich zu 1990: 43,74 %

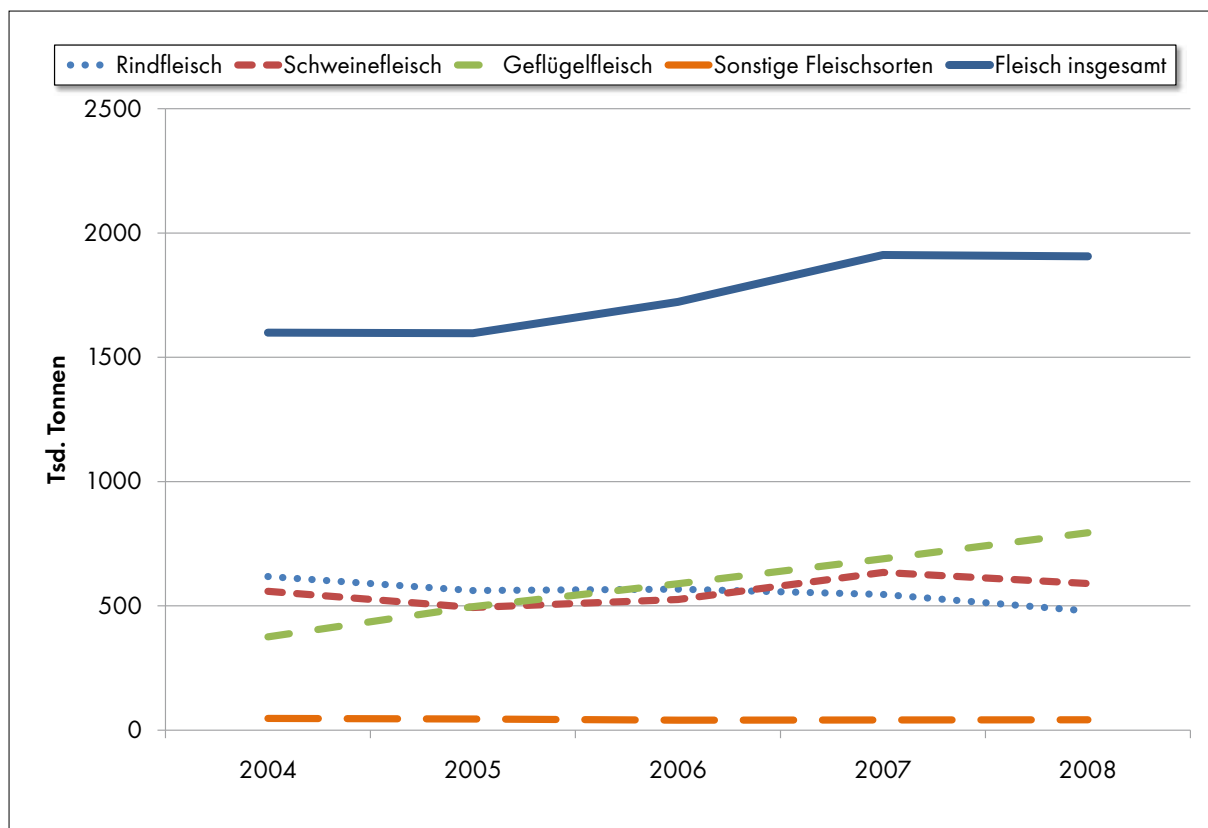
Quelle: Staatliches Statistikamt der Ukraine, <http://www.ukrstat.gov.ua/>

Grafik 3: Fleischkonsum in der Ukraine (kg/Person)


Fleischarten	2005	2006	2007	2008	2009	2009 in % relativ zu 2005
Rindfleisch	11,2	11,7	10,9	10,5	8,9	79,46
Schweinefleisch	11,6	11,7	14,7	18,0	16,0	137,93
Broiler	9,1	11,2	13,2	17,7	17,8	195,60

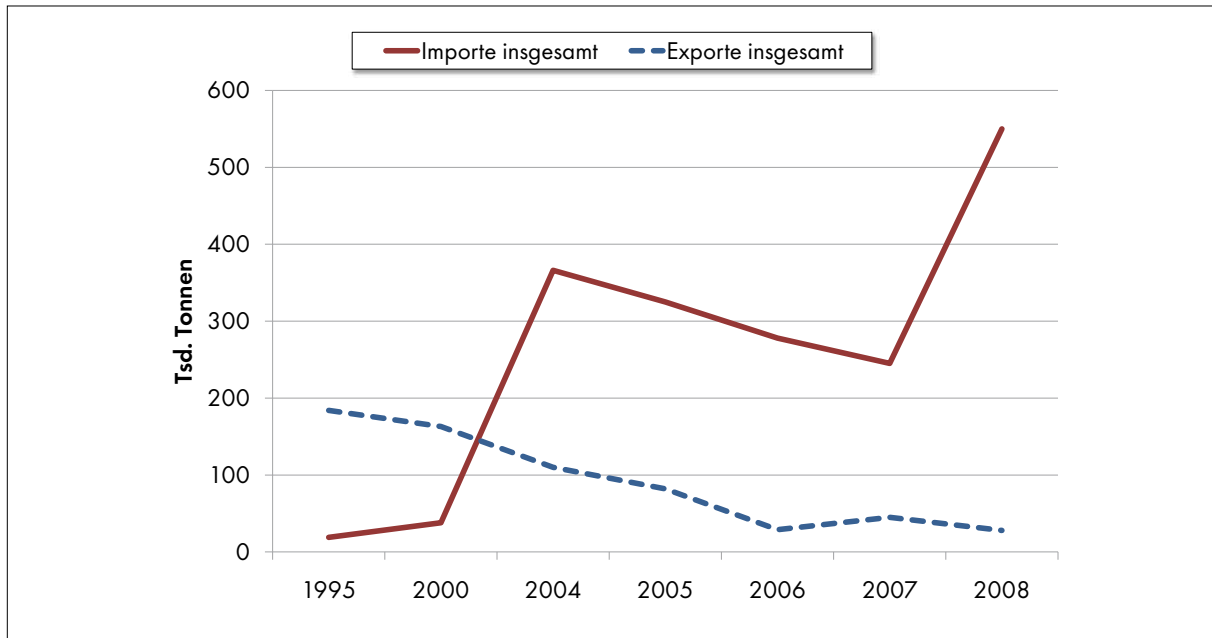
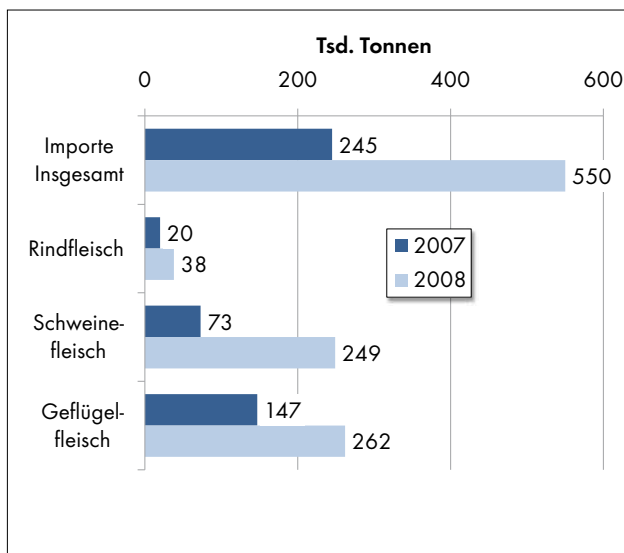
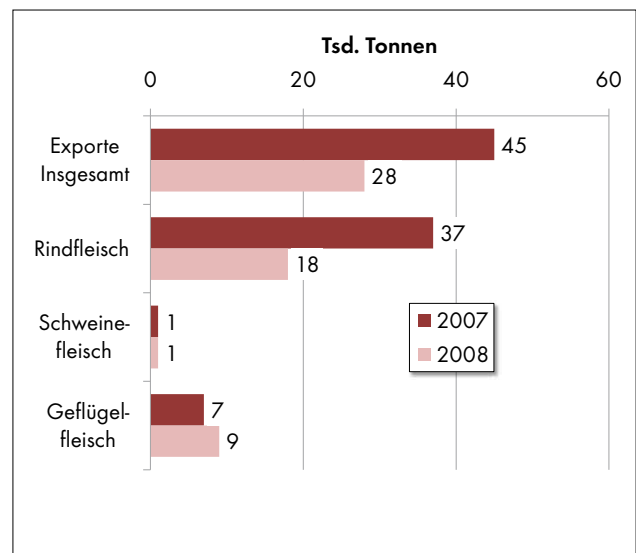
Quelle: United States Department of Agriculture, Foreign Agricultural Service, http://www.fas.usda.gov/dlp/circular/2009/livestock_poultry_10-2009.pdf

Grafik 4: Fleischproduktion nach Fleischarten (Schlachtgewicht) in der Ukraine (Tsd. Tonnen)



	2004	2005	2006	2007	2008	2008 in % relativ zu 2004
Rindfleisch	618	561,8	567,4	546,1	479,7	77,62
Schweinefleisch	558,8	493,7	526,1	634,7	589,9	105,57
Geflügelfleisch	375,5	496,6	589,3	689,4	794	211,45
Sonstige Fleischsorten	47,3	44,9	40,4	41,5	42,3	89,43
Fleisch insgesamt	1599,6	1597	1723,2	1911,7	1905,9	119,15

Quelle: Staatliches Statistikamt der Ukraine, <http://www.ukrstat.gov.ua/>

Grafik 5a: Fleischimporte und -exporte 1995–2008 (Tsd. Tonnen)

Grafik 5b: Fleischimporte nach Fleischarten 2007–2008 (Tsd. Tonnen)

Grafik 5c: Fleischexporte nach Fleischarten 2007–2008 (Tsd. Tonnen)


Quelle: Staatliches Statistkamt der Ukraine, <http://www.ukrstat.gov.ua/>

Analyse

Blaue Revanche

Die neue Regierung der Ukraine

Von Gerhard Simon, Köln

Zusammenfassung

Die Rückkehr von Viktor Janukowitsch und der Partei der Regionen, also der Blauen, an die Macht ist Folge der berechtigten Enttäuschung der Wähler über fünf Jahre Regierung durch die orangen Kräfte. Der Wahlsieg von Janukowitsch hat einen politischen Erdbeben ausgelöst und in wenigen Wochen auch zur Machtübernahme der Blauen in Regierung und Parlament geführt. Derzeit werden zahlreiche Führungsämter in der Hauptstadt und in den Regionen mit Parteigängern der neuen Machthaber besetzt. Der Erhalt des politischen Pluralismus in der Zukunft hängt wesentlich von einer raschen Konsolidierung der Opposition ab.

Wie die Blaue Revanche zustande kam

Am 7. Februar 2010 bestimmten die Ukrainer in einer fairen und freien Wahl Viktor Janukowitsch zum neuen Präsidenten des Landes. Er erhielt 48,95 % der Stimmen, seine Konkurrentin, die damalige Ministerpräsidentin Julia Timoschenko von der ehemaligen orangen Koalition, kam auf 45,47 %. Damit trat jener Mann an die Spitze des Staates, gegen den sich vor fünf Jahren die Orange Revolution gerichtet hatte. Die Erhebung der Gesellschaft hatte verhindert, dass Janukowitsch, gestützt von seinem Mentor, dem damaligen Präsidenten Leonid Kutschma, durch gefälschte Wahlen in das Präsidentenamt gelangte. Wie konnte es geschehen, dass Janukowitsch jetzt demokratisch legitimiert das erreichte, was fünf Jahre zuvor mit Hilfe von manipulierten Wahlen misslang? Auf diese nur im ersten Zugriff schwierige Frage gibt es eine einfache Antwort: Die Sieger der Orange Revolution haben ihre Chancen nicht genutzt, sie haben ihre Versprechungen nicht erfüllt, und sie haben das Land schlecht regiert. Vor allem haben sie einander bekämpft und sich im endlosen politischen Kleinkrieg gegeneinander aufgegeben. Exponenten dieser polemischen und unheilbaren persönlichen und sachlichen Unverträglichkeit waren Präsident Juschtschenko und Ministerpräsidentin Timoschenko.

Der Wähler reagierte so, wie er in einer Demokratie reagiert: Er wählte die Opposition. Dabei hatten sich die Partei der Regionen und ihr Vorsitzender Janukowitsch während der orangen Regierungszeit keineswegs durch überzeugende politische Alternativen profiliert. Das brauchten sie aber auch nicht, denn die politische Selbstzerfleischung der Orangen tat die Arbeit der Opposition, die dann die Früchte ernten konnte. So war der Wahlsieg von Janukowitsch seit langem absehbar. Die Umfragen zeigten das ganze vergangene Jahr über einen klaren Vorsprung für ihn gegenüber allen

anderen Kandidaten; insbesondere der Amtsinhaber Juschtschenko lag weit zurück. Im ersten Wahlgang am 17. Januar erhielt Janukowitsch 10 % mehr Stimmen als Timoschenko (35 % gegenüber 25 %). Auch alle Exit-Poll Umfragen hatten einen klaren Wahlsieg des Kandidaten der Opposition ermittelt. Im zweiten Wahlgang verkürzte sich der Abstand zwischen den Kandidaten auf 3,5 % oder 888.000 Stimmen. Dies zeigt, dass die Mehrheit für den Kandidaten der Blauen instabil und keineswegs überwältigend ist – insbesondere wenn man seine günstigen Startbedingungen bedenkt.

Dennoch führte die Amtsübernahme durch Janukowitsch, die förmlich am 25. Februar erfolgte, zu einer erdbebentypischen Veränderung der gesamten politischen Landschaft in der Ukraine, deren Ausmaß und Konsequenzen noch nicht abzusehen sind. Dies konnte man weder erwarten noch war es von der Verfassung her geboten. Wahrscheinlich waren der neue Präsident und seine Partei der Regionen selbst von ihrem Erfolg überrascht. Denn an sich sind die verfassungsmäßigen Kompetenzen des Präsidenten begrenzt, und ein neuer Präsident kann keineswegs die Regierung entlassen oder das Parlament auflösen. Beide Verfassungsorgane waren bis zum Februar 2010 in der Hand von Ministerpräsidentin Timoschenko und ihren politischen Verbündeten – auch wenn ihre Mehrheit im Parlament seit langem brüchig war.

Ausgelöst wurde der politische Erdbeben durch den Seitenwechsel des bisherigen kleinen Koalitionspartners von Timoschenko, dem Block Litwin, zu dem 20 Abgeordnete gehören. Wolodimir Litwin, der Parlamentspräsident, ging mit seinen Abgeordneten auf die Seite des Siegers über, um auch in der neuen Regierung dabei zu sein. Am 3. März sprach das Parlament dann der Ministerpräsidentin mit 243 Stimmen (226 sind die notwendige absolute Mehrheit) das Misstrauen aus. Timoschenko trat zurück, weil sie keine Hoffnung

mehr hatte, noch einmal wie im Dezember 2008 eine neue Mehrheit im Parlament für sich zusammenzubringen. Dennoch war auch in dieser Situation eine Machtübernahme der Blauen im Parlament und in der Regierung noch keineswegs sicher, denn trotz des erfolgreichen Misstrauensvotums gegen Timoschenko verfügten die drei möglichen zukünftigen Koalitionspartner Partei der Regionen, Kommunisten und Block Litwin nicht über die absolute Mehrheit im Parlament.

Hier nun kam den politischen Kräften, die mit dem neuen Präsidenten zusammenarbeiteten, eine Art Geniestreich zu Hilfe: In Windeseile wurde das Gesetz über die Geschäftsordnung des Parlaments geändert, das bislang – in Übereinstimmung mit Artikel 83 der Verfassung – vorschrieb, dass Koalitionen in der Werchowna Rada ausschließlich von Parlamentsfraktionen gebildet werden. Die Änderung erlaubt nun die Bildung von Koalitionen durch Fraktionen und einzelne Abgeordnete. Präsident Janukowitsch unterschrieb die Gesetzesnovelle am 10. März, bereits am nächsten Tag beschloss das Parlament die Bildung der Koalition »Stabilität und Reformen«, wählte Mikola Asarow zum neuen Ministerpräsidenten und billigte die gesamte Kabinettsliste.

Den Koalitionsvertrag unterzeichneten 235 Abgeordnete, darunter alle Mitglieder der Fraktionen der Partei der Regionen (172), der Kommunisten (27) und des Block Litwin (20). Außerdem unterschrieben 16 einzelne Abgeordnete, davon sechs »abtrünnige« Abgeordnete vom Block Timoschenko, sechs Abgeordnete des Blocks Unsere Ukraine-Selbstverteidigung des Volkes sowie vier Abgeordnete ohne Fraktionszugehörigkeit. Die neue Koalition und damit die Regierung sind also im Parlament auf die Stimmen der individuellen Abgeordneten angewiesen, ohne sie fehlen der Regierung sieben Stimmen zur absoluten Mehrheit von 226 Abgeordneten. Es bleibt abzuwarten wie sich in der konkreten parlamentarischen Arbeit diese Abhängigkeit von Mehrheitsbeschaffern, die nicht durch Fraktionsdisziplin gebunden sind, auswirken wird.

Im übrigen steht wohl außer Zweifel, dass die Novellierung der Geschäftsordnung des Parlaments verfassungswidrig ist. Das Verfassungsgericht hatte in einer Entscheidung vom 17. März 2008 ausdrücklich Art. 83 der Verfassung bestätigt, und die Bildung einer Koalition unter Einbeziehung einzelner Abgeordneter aus nicht der Koalition angehörenden Fraktionen für verfassungswidrig erklärt. Angesichts dieser Situation kündigten sowohl die Opposition wie auch Präsident Janukowitsch an, das Verfassungsgericht anzurufen. Aus der Umgebung des Präsidenten verlautete, wenn das Verfassungsgericht den Koalitionsvertrag kippen sollte, werde

es vorgezogene Parlamentswahlen geben. Ob es allerdings dazu kommt, ist vollkommen offen, denn das Verfassungsgericht gilt als politisch abhängig.

Tatsache ist jedenfalls, dass die politischen Kräfte hinter Janukowitsch nach seinem Wahlsieg in Rekordzeit eine blaue Regierung installiert und das Parlament auf die eigene Seite gezogen haben. Sie haben damit den Stillstand der vergangenen Jahre jedenfalls vorläufig überwunden und so ohne Zweifel Pluspunkte gesammelt. Inzwischen haben Präsident und Regierung in Kiew und in den Regionen mit einer umfassenden Neubesetzung der leitenden Kader begonnen. Damit wiederholt sich mit umgekehrter Stoßrichtung die Auswechslung der Kader nach der Orangen Revolution zu Beginn des Jahres 2005. Vielfach kehren die alten Chefs als neue zurück.

Die neue Regierung und die blaue Kaderpolitik

Schlüsselfunktionen in der Regierung Asarow nehmen die »Opfer« der Orangen Revolution ein. So wirkt die Spaltung der politischen Führungskader in der Spätzeit von Kutschma bis heute nach. Jetzt sind jene am Zug, die im Jahr 2005 gehen mussten. Das zeigt sich auch in der regionalen Herkunft der Regierungsmitglieder. So wie nach der Orangen Revolution führende Ämter in der Regierung an Kader aus der Zentralukraine gingen, übernehmen jetzt die Männer (in der Regierung ist keine einzige Frau vertreten) aus dem Osten und Süden des Landes Leitungsfunktionen. Die Kabinettsliste enthält kein Angebot an die bisherige Regierungskoalition zur Zusammenarbeit, stattdessen aber mehrere Ministerernennungen, die als Provokation gelten müssen. Lediglich der neue Außenminister Kostjantin Hrischtschenko hatte auch unter der alten Regierung eine herausgehobene Position: Der Karrierediplomat war seit 2008 Botschafter in Moskau, obwohl er zuvor seine politische Karriere bei den Blauen gemacht hatte.

Der nicht einmal symbolische Versuch, Politiker aus dem anderen Lager in die neue Regierung einzubinden und damit ein Versöhnungsangebot zu machen, erinnert an das gleiche Verhalten von Präsident Juschtschenko im Frühjahr 2005: Auch damals wurde personalpolitisch Tabula rasa gemacht. Allerdings endete der radikale und am Ende erfolglose orange Kadertausch bereits im September 2005 mit der Entlassung von Timoschenko als Ministerpräsidentin und einer Absprache zur »Verständigung« zwischen Präsident Juschtschenko und dem damaligen Oppositionsführer Janukowitsch.

Die Blaue Revanche hat inzwischen zahlreiche oberste Behörden in Kiew und den Regionen erreicht.

Hunderte von Leitungskadern werden ausgewechselt, darunter fast alle Gouverneure der Regionen, die Leitungspositionen im Geheimdienst auf zentraler und lokaler Ebene, die Chefs der Zoll- und Steuerverwaltung. Zu Gouverneuren ernannte der Präsident in vielen Fällen die örtlichen Leiter der Wahlkampfteams der Partei der Regionen, in anderen Fällen kehrten die Gouverneure aus der Zeit Kutschmas auf ihre Posten zurück. Neu besetzt wurden auch – man darf sagen selbstverständlich – die Leitungspositionen der obersten staatlichen Gremien zur Beaufsichtigung und Finanzierung von Radio und Fernsehen. Die Nationale Fernsehanstalt der Ukraine unterstellte sich das Ministerkabinett direkt.

Janukowitsch wie übrigens auch Timoschenko hatten im Wahlkampf einen starken Staat versprochen, eine effiziente und durchsetzungsfähige Bürokratie und das Ende der orangenen Lähmung, die seit Jahren wegen der nicht endenden Auseinandersetzungen innerhalb des eigenen Lagers die Ukraine in die politische Stagnation geführt haben. So wird die gegenwärtige blaue Kaderrotation der Öffentlichkeit als Aufbruch zu Effizienz und Reformen dargestellt.

Zweifel sind angebracht. Nicht wenige der neuen Minister und deren Stellvertreter sind keine ausgewiesenen Fachleute, sondern Klientel der neuen Patrone, die jetzt daran gehen, die Wohltaten des Sieges auszuverteilen. Außerdem: weder Präsident Janukowitsch noch Ministerpräsident Asarow verfügen über ausgearbeitete Reformprogramme in zentralen Bereichen, die immer wieder als dringend reformbedürftig genannt werden: Justiz, Steuergesetzgebung, Novellierung der Verfassung, von grundsätzlichen Systemfragen, die angepackt werden müssten, wie Trennung von Politik und Wirtschaft ganz zu schweigen. Die Regierung Asarow wäre im übrigen für Reformen wegen ihrer schmalen und brüchigen parlamentarischen Basis auf die Zusammenarbeit mit zumindest einem Teil der Opposition angewiesen. Von Schritten in diese Richtung ist bislang nichts zu erkennen.

Politikwechsel

In zwei Bereichen wird bereits ein Politikwechsel deutlich, der sich bezeichnenderweise nicht als Reform, sondern als Rückkehr zum Früheren versteht: das Verhältnis zu Russland sowie die Kultur- und Geschichtspolitik mit dem Komplex der Ukrainisierung.

Janukowitsch hatte bereits bei seinem Antrittsbesuch in Moskau am 5. März 2010 eine »ernsthafte Revision« der ukrainisch-russischen Beziehungen angekündigt und zugleich die politische Stabilität in Putins Russland als vorbildlich gelobt; die politische Situation in

Russland sei viel besser als die ukrainische. Wecken solche Aussagen gewisse Zweifel am Demokratieverständnis des Präsidenten, ging Asarow bei seinem ersten Arbeitstreffen mit Putin am 25. März in Moskau noch entschieden weiter. In den ukrainisch-russischen Beziehungen müsse man wieder von Null anfangen. Eine ökonomische Stabilisierung der Ukraine könne nur über eine Erneuerung der ukrainisch-russischen Beziehungen erreicht werden. »Ich meine, wir müssen vergessen, was zwischen unseren Ländern in den vergangenen fünf Jahren gewesen ist, die Seite umschlagen und auf einem weißen Blatt Papier von neuem beginnen«, sagte er bei einem Treffen mit Putin. Eine derartige Distanzierung vom eigenen Land gegenüber einem fremden Regierungschef im Ausland dürfte in der Diplomatiegeschichte Seltenheitswert haben. Es zeigt den tief sitzenden Hass auf die Orange Revolution, die im Milieu der Partei der Regionen bis heute als infamer Westimport gilt. Peinlicherweise fühlte sich Putin bei dieser Gelegenheit veranlasst, Julia Timoschenko zu verteidigen, mit der er qualvoll die Gasverträge im Januar 2009 ausgehandelt habe.

Asarow war unter anderem nach Moskau gekommen, um eine Reduzierung des Gaspreises für die Ukraine zu erbitten. Putin zeigte hier jedoch fürs erste kein Entgegenkommen. Er bot seinen ukrainischen Gesprächspartner allerdings an, sie könnten sich ja an der post-sowjetischen Integration beteiligen wie Belarus, dann koste das Gas ein Drittel weniger. Das belarussische Gasleitungssystem kontrolliert inzwischen – im Gegenzug – der russische Monopolist Gazprom. Putin erinnerte daran, dass Russland nach wie vor Interesse auch an den ukrainischen Pipelines habe.

Zwar ist es für Ergebnisse noch zu früh, aber man darf davon ausgehen, dass sich eine weitgehende Neuausrichtung der ukrainischen Russlandpolitik in den Bereichen Politik, Wirtschaft und wohl auch Sicherheitspolitik anbahnt. Die neue ukrainische Regierung spricht dabei mit Russland nicht auf gleicher Augenhöhe, sondern begibt sich freiwillig in die Rolle des »jüngeren Bruders«, um einen auch in der Sowjetzeit traditionellen Terminus zu gebrauchen. Demgegenüber wird die Janukowitsch-Führung an der bisherigern Politik gegenüber der EU festhalten; das Interesse an Annäherung ist schon aus ökonomischen Gründen überragend. Die neue Linie könnte also lauten: Integration nach Westen, soweit es die Integration nach Osten nicht behindert. Das ist eine Umkehrung der Prioritäten gegenüber der Politik in der Zeit Juschtschenkos. Diese Linie dürfte in manchen europäischen Hauptstädten, nicht zuletzt in Berlin, auf viel Wohlwollen treffen, weil sie Entlas-

tung bietet sowohl von dem Drängen der Ukraine auf Mitgliedschaft in EU und NATO als auch von den Vorwürfen Russlands, der Westen missachte russische Interessen im postsowjetischen Raum.

Der zweite Bereich, in dem sich ein Politikwechsel anbahnt, ist der Komplex der Ukrainisierung, d. h. der sprachlichen, kulturellen und geschichtspolitischen Verselbständigung gegenüber der Sowjetunion und Russland. Zum Minister für Bildung und Wissenschaft wurde Dmitro Tabatschnik ernannt, der sich seit Jahren als ukrainophober Publizist profiliert. Für ihn gehört Galizien nicht zur Ukraine. »Die Galizier haben nichts gemeinsam mit dem Volk der Großen Ukraine«. »Unsere Verbündeten und Brüder sind ihre Feinde, und ihre »Helden« (Bandera, Schuchewitsch) sind für uns Mörder, Verräter und Helfershelfer von Hitlers Henkern«. Tabatschnik tritt für Russisch als Staatssprache in der Ukraine ein, sieht im Moskauer Patriarchen das einzige legitime Oberhaupt aller orthodoxen Christen in der Ukraine und lehnt es ab, den nationalistischen Partisanen den Veteranen-Status zu gewähren. Die Regierung Juschtschenko-Timoschenko bezeichnete er als »faschistische Tyrannei«, gegen die man nicht mit demokratischen Mitteln, sondern nur durch die Schaffung einer »antifaschistischen allgemeinen Volksbewegung« vorgehen könne. Tabatschnik war von 1994 bis 1996 Chef der Präsidialadministration von Präsident Kutschma und von 2002 bis 2005 stellvertretender Ministerpräsident im Kabinett Janukowitsch. Er ist wegen seiner radikalen antiukrainischen Positionen auch innerhalb der eigenen Partei der Regionen und in der jetzigen Regierung umstritten.

In der Geschichtspolitik gibt es bereits deutliche Veränderungen: der Mythos des Großen Vaterländischen Krieges als sowjetischer Sieg über den Faschismus kehrt zurück, unter anderem mit Militärparaden am 9. Mai. Die internationalen Bemühungen um die Anerkennung des Holodomor, der großen Hungersnot 1932–33, als Genozid am ukrainischen Volk dürften gestoppt werden. Ob und in welcher Weise innerhalb der Ukraine in Zukunft das Gedenken an die Toten begangen wird, bleibt abzuwarten. In der Kirchenpolitik zeichnet sich eine Repolitisierung ab: Während seit 1999 aus Anlass der Amtseinführung eines neuen Präsidenten ein ökumenisches Dankgebet in der Sophienkathedrale stattfand, lud Janukowitsch Patriarch Kirill aus Moskau nach Kiew zu einem Gebetsgottesdienst ein, bei dem die Vertreter anderer Kirchen ausgeschlossen waren. Während die Regierungen sich in den vergangenen Jahren zunehmend um Gleichbehandlung der kirchlichen Jurisdiktionen bemühten, gibt es wei-

tere Anzeichen dafür, dass die neue Macht dem Moskauer Patriarchat eine klare Vorzugsstellung einräumt.

Vor allem dürfte es unter Tabatschnik eine deutliche Rückwärtsentwicklung in der Schulpolitik in Richtung auf die Zurückdrängung der ukrainischen Sprache und der ukrainischen Bildungsinhalte geben. Eine vollständige Re-Russifizierung des Bildungswesens in der Zentralukraine und erst recht im Westen des Landes dürfte aber nicht durchsetzbar sein.

Die Opposition und der politische Pluralismus

Der Fortbestand der Demokratie in der Ukraine hängt auf Gedeih und Verderb von einer starken, handlungsfähigen Opposition ab, denn die demokratischen Institutionen sind zu labil, als dass sie diese Aufgabe allein schultern könnten. Zunächst weigerte sich Julia Timoschenko, ihre Wahlniederlage anzuerkennen und in die Opposition zu gehen. In einer Fernsehansprache am 13. Februar erklärte sie: »Janukowitsch ist nicht unser Präsident ... er wird niemals der legitim gewählte Präsident der Ukraine sein.« Sie klagte vor dem Obersten Verwaltungsgericht gegen die Zentrale Wahlkommission wegen der Nichtverhinderung von Wahlfälschungen, zog die Klage aber nach wenigen Tagen zurück, als auch ihr klar wurde, dass sie keine Aussicht auf Erfolg hatte. Die Abgeordneten des Blocks Timoschenko boykottierten die Inauguration des neuen Präsidenten im Parlament und wiederholten damit das Verhalten der Partei der Regionen, die bis heute den Wahlsieg Juschtschenkos am 26. 12. 2004 nicht anerkennt. Dies ist ein Beispiel für die vielfach zu beobachtenden Mängel demokratischer Kultur.

Inzwischen haben Timoschenko und ihr Block jedoch de facto den neuen Präsidenten anerkannt und die Oppositionsrolle im Parlament übernommen. Am 16. März wurde offiziell eine Vereinigung der oppositionellen Kräfte im Parlament gegründet, zu der neben den Abgeordneten des Blocks Timoschenko fünf der neun Gruppierungen des Blocks Unsere Ukraine-Selbstverteidigung des Volkes gehören. Natürlich übernahm Timoschenko die Leitung der Opposition, obwohl sie selbst keine Abgeordnete ist. Auf den Posten eines Schattenregierungschefs verzichtete sie allerdings. Mitglieder der Regierung müssen ihr Parlamentsmandat niederlegen und erhalten es nach einem Rücktritt nicht wieder.

Die Geschäftsordnung des Parlaments schreibt die förmliche Gründung einer Opposition vor: »In der Werchowna Rada kann es nur eine oppositionelle Abgeordnetenfraktion oder eine Vereinigung [mehrerer] oppositioneller Abgeordnetenfraktionen geben, dies ist die par-

lamentarische Opposition« (Artikel 68 des Gesetzes über die Geschäftsordnung). Einerseits soll auf diese Weise sichergestellt werden, dass die Opposition nicht durch Zersplitterung handlungsunfähig ist und deshalb aufhört, eine Herausforderung für die Regierung zu sein. Auf der anderen Seite und insbesondere im gegenwärtigen Fall zementiert die Geschäftsordnung Konflikte, die schon zuvor die alte Regierung und die frühere Mehrheitsfraktion handlungsunfähig gemacht haben. Die Fraktion Unsere Ukraine-Selbstverteidigung des Volkes als ganze hat denn auch eine Beteiligung an der von Timoschenko geführten vereinigten Opposition abgelehnt. Wie diese Konflikte gelöst werden, und wie sie sich auf die Handlungsfähigkeit der parlamentarischen Opposition auswirken, bleibt abzuwarten. Es ist bezeichnend, dass bereits der Ruf zu hören ist, eine personelle und sachliche Erneuerung der Opposition könne und müsse aus dem außerparlamentarischen Raum erfolgen.

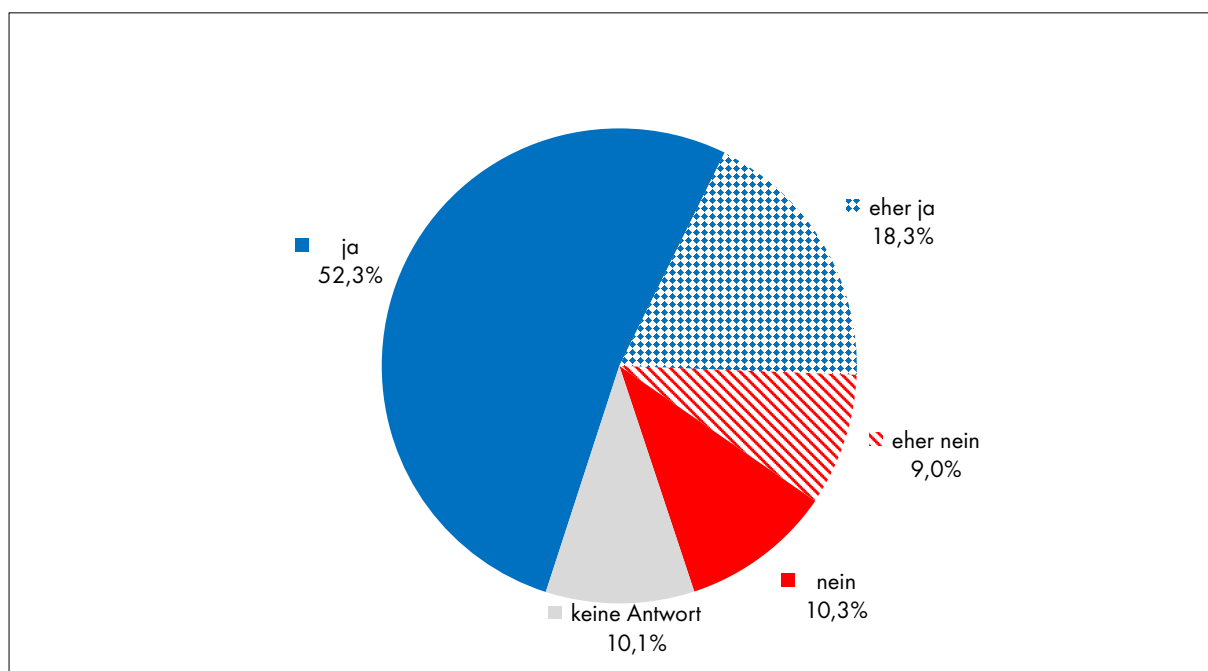
Damit ist ein Grundproblem der ukrainischen Politik benannt: die Erneuerung des politischen Führungspersonals. Kaderpolitisch bedeutet die Blaue Revanche eine Rückkehr derjenigen an die Macht und in manchen Fällen auf den gleichen Posten, die nach der Orangen Revolution gehen mussten; an führenden Stellen gibt es kaum neue Gesichter. Aber auch in der neuen Opposition bleiben die Schalthebel in der Hand der alten Garde. Die Schwierigkeiten einer personellen Erneuerung sind u. a. die Folge der ukrainischen Parteien- und Wahlgesetzgebung, die den Parteiführern eine sehr starke Stellung einräumen und den Aufstieg von unten oder gar gegen den Parteiführer kaum möglich machen. So ist zu erklären, dass Parteien und politische Blocks sich noch immer nach ihren Führern benennen. Das mochte in der Anfangszeit der Demokratie nachvollziehbar sein, inzwischen braucht das Land aber Programmparteien, die nicht auf eine Person zugeschnitten sind.

Über den Autor

Prof. Dr. Gerhard Simon lehrt am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn.

Umfrage

Wird im politischen Leben der Ukraine eine starke Opposition gebraucht?



Quelle: repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts vom 15. bis 16.3.2010, http://www.kipu.org.ua/Komment/2010.03/k_17_03.html

Chronik
Vom 17. bis zum 29. März 2010

17.3.2010	In Lwiw versammeln sich ca. 5.000 Menschen und demonstrieren für die Absetzung des neuen Bildungsministers Dmitro Tabatschnik, den sie wegen seiner antiukrainischen Äußerungen ablehnen.
18.3.2010	Präsident Viktor Janukowitsch entlässt elf Leiter von Regionalverwaltungen und setzt neue ein, darunter den ehemaligen Parlamentspräsidenten der Krim Anatolij Hrizenko als Gouverneur der Region Cherson.
19.3.2010	Der Stadtrat von Kirowohrad beschließt, Ende April eine Anhörung zur Umbenennung der Stadt in Jelisawethrad durchzuführen. Danach besteht die Möglichkeit ein Referendum zu dieser Frage abzuhalten.
21.3.2010	Der Stellvertretende Ministerpräsident Serhij Tihpko erklärt, dass die Regierung den IWF um einen Kredit in Höhe von 5 Mrd. US-Dollar gebeten habe, um das Haushaltsdefizit zu decken.
23.3.2010	Der Abgeordnete der Kommunistischen Partei Leonid Gratsch erklärt, dass die Einsetzung neuer, ausschließlich der Partei der Regionen angehörender Gouverneure durch Präsident Viktor Janukowitsch dem Koalitionsvertrag widerspreche und zum Bruch der Koalition führen könne.
23.3.2010	Abgeordnete des Parlaments der Region Wolynien fordern das Europaparlament auf, die Resolution vom 25.2. und insbesondere die Kritik an der Ernennung Stepan Banderas zum Helden der Ukraine, zu revidieren. Auch die regionalen Parlamente von Iwano-Frankijwsk, Lwiw und Ternopil sprechen sich dafür aus.
23.3.2010	EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle erklärt, dass die EU bereit sei, 610 Mio. Euro zusätzlich an die Ukraine zu zahlen, wenn diese ihre Zusammenarbeit mit dem IWF wieder aufnimmt.
25.3.2010	Ministerpräsident Mikola Asarow trifft mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin zusammen. Konkrete Ergebnisse bezüglich des Gaspreises für die Ukraine wurden nicht erzielt.
29.3.2010	Parlamentspräsident Wolodimir Litwin erklärt, dass die ursprünglich für Mai 2010 angesetzten Kommunalwahlen im März 2011 stattfinden könnten. Justizminister Alexander Lawrinowitsch nennt stattdessen den Oktober 2010 als spätesten Termin, da dann die Amtszeit der kommunalen Organe ende. Die umstrittene Verschiebung der Wahlen wurde mit dem Fehlen der erforderlichen Mittel im Staatshaushalt begründet.
29.3.2010	Der Fraktionsvorsitzende des oppositionellen Blocks Timoschenko, Iwan Kirilenko, erklärt, dass seine Partei den Vorsitz des Parlamentsausschusses für Meinungs- und Informationsfreiheit beanspruche.
29.3.2010	Zwei weitere Abgeordnete erklären ihren Beitritt zur Regierungskoalition. Der Regierungskoalition gehören damit 237 der insgesamt 450 Abgeordneten an. Der Beitritt von individuellen Abgeordneten zur Regierungskoalition wurde durch eine kurzfristige Gesetzesänderung möglich, deren Verfassungsmäßigkeit von der Opposition bestritten wird.
29.3.2010	Etwa 100 Busfahrer im Kiewer Personennahverkehr treten in einen Warnstreik, um gegen Verzögerungen bei der Lohnauszahlung zu protestieren.
29.3.2010	UEFA-Präsident Michel Platini erklärt, dass die Ukraine als Austragungsort der Fussball-EM 2012 entfällt, falls das Stadion in Kiew nicht rechtzeitig fertiggestellt wird. Platini kommt Anfang April zu Gesprächen mit der neuen Regierung nach Kiew.
29.3.2010	Justizminister Alexander Lawrinowitsch spricht sich entschieden gegen den Plan der Kommunisten aus, in Saporishja ein Stalin-Denkmal zu errichten.

Die Ukraine-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2010 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladivostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de



Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de